

BRANDSCHUTZNACHWEIS

gemäß §11 BauVorIV

Sanierung der Mehrzweckhalle und Erweiterung um eine Mittagsbetreuung
56/1 Karlshuld, Kindergartenstraße 2a, 86668 Karlshuld

BAUHERR:

Gemeinde Karlshuld

vertr. d. 1. Bgm. Michael Lederer.

Hauptstrasse 68

86668 Karlshuld

Gemeinde Karlshuld
Hauptstrasse 68
86668 Karlshuld

[Handwritten Signature]

25.11.25

Datum, Unterschrift Bauherr



Inhaltsverzeichnis

1.	Aufgabenstellung – Allgemeines	5
1.1	Aufgabenstellung	5
1.2	Allgemeines und Grundlagen	5
1.3	Baurechtliche Situation	8
1.4	Allgemeines	11
2.	Übersicht	12
2.1	Bebauung des Grundstücks	12
2.2	Bauteile, Bauart und Baustoffe	14
2.3	Nutzung	15
3.	Einstufung des Gebäudes	17
4.	Brandabschnitte und Brandwände	17
4.1	Nachbargrenzen	17
4.2	Innerhalb des Gebäudes	17
5.	Feuerwiderstanddauer	19
5.1	Unterirdische Geschosse	20
5.2	Oberirdische Geschosse	20
5.3	Außenwände	22
5.4	Trennwände	23
5.5	Dächer	25
5.6	Fugen	26
5.7	Balkone, Erker und andere Vorbauten	26
5.8	Tragkonstruktion Allgemein	26
6.	Horizontaler Teil der Rettungswege	27
6.1	Rettungsweglänge	27
6.2	Notwendige Flure	29
7.	Vertikaler Teil der Rettungswege	29
7.1	Notwendige Treppen	29
7.2	Anforderungen an notwendige Treppen	30
7.3	Notwendige Treppenräume	31
7.4	Anforderungen an notwendige Treppenräume	32
7.5	Kennzeichnung der Rettungswege	35
7.6	Organisatorischer Brandschutz	36

8.	Aufzüge	38
9.	Lagerräume, usw.	39
9.1	Lager-, Müll- und Abfallräume	39
9.2	Heizraum	39
10.	Leitungsanlagen, usw.	40
10.1	Leitungsdurchführungen	40
10.2	Lüftungsanlagen	40
11.	Brandschutzeinrichtungen	42
11.1	Elektrische Anlagen Allgemein	42
11.2	Sicherheits- und Ersatzstromversorgung	42
11.3	Brandmelde- und Alarmierungsanlage	44
11.4	Sicherheitsbeleuchtung	45
11.5	Blitzschutzanlage	45
11.6	Rauchabzug	46
11.7	Prüfungen	48
11.8	Feuerlöscher	52
11.9	Wandhydranten	53
11.	Flächen für die Feuerwehr	53
13.	Löschwasserversorgung und – bedarf	53
13.1	Löschwasserversorgung	53
13.2	Löschwasserbedarf	54
13.3	Löschwasserrückhaltung	55
14.	Zusätzliche Angaben	55
14.1	Brandschutzplanung	55
15.	Zusammenstellung der Abweichungen	55

Anlagen:

Brandschutzplan 2511-BS1 vom 09.11.2025

Möblierungsvarianten der Versammlungsstätte
(*Variante 1 – 8, Stand 12.06.2025*)

Bestätigung der Löschwasserversorgung (*2 Seiten*)

Hinweise zu den Rettungswegbreiten (*2 Seiten*)

Hinweise zur Auslegung der Feuerlöscher (*1 Seite*)

1 AUFGABENSTELLUNG. ALLGEMEINES:

1.1 AUFGABENSTELLUNG:

Der Bauherr, die Gemeinde Karlshuld, beabsichtigt folgende Maßnahmen am bestehenden Gebäude, durchzuführen:

- Sanierung der Mehrzweckhalle
- Erweiterung um eine Mittagsbetreuung

Auftragsgemäß habe ich den Brandschutz-Nachweis zu erbringen. Zweck des Nachweises ist es, die wesentlichen Belange für den baulichen Brandschutz zur beabsichtigten Neubaumaßnahme im Sinne von *Art. 12 Bayerische Bauordnung (BayBO), in der Fassung vom 14. März 2007 mit der letzten Änderung vom 25.07.2025* sicherzustellen. Das vorliegende Schriftstück ist als Brandschutz-Nachweis geeignet, und wird im Zuge des Genehmigungsverfahrens zum Objekt den genehmigenden Behörden durch die Bauherrschaft vorgelegt.

1.2 ALLGEMEINES UND GRUNDLAGEN:

Zur brandschutztechnischen Beurteilung der Baumaßnahmen liegen mir die notwendigen Grundriss- und Schnittzeichnungen zum Bauantrag vor:

- Bauantragspläne,
Grundrisse, Schnitt und Ansichten

Dachgeschoss vom 02.07.2025, ergänzt am
15.09.2025

Obergeschoss vom 02.07.2025, ergänzt am
15.09.2025

Erdgeschoss vom 02.07.2025, ergänzt am
15.09.2025

Untergeschoss vom 02.07.2025, ergänzt am
15.09.2025

Schnitte vom 02.07.2025, ergänzt am 15.09.2025

Schnitt C vom 02.07.2025, ergänzt am 11.09.2025

Ansichten vom 02.07.2025, ergänzt am 15.09.2025

- Bauantragspläne und Bescheide der letzten
Baugenehmigungen vom 21.05.1986 des
Landratsamtes Neuburg an der Donau

Das Bestandsgebäude soll im Wesentlichen so belassen werden und lediglich kleinere Umbauten und Sanierungen sowie eine Nutzungsänderung und Erweiterung erfahren. Das Gebäude mit einer Grundfläche von rund 2015 m² hat eine Ausdehnung von ca. 61,15 m x 32,95 m.

Die Baumaßnahme liegt im Ortsbereich, und es ist den Einsatzkräften der *Feuerwehr Karlshuld* in dessen Gemeindebereich das Gebäude liegt, möglich in der vorgeschriebenen Hilfsfrist von 10 Minuten den Einsatzort zu erreichen.

Dadurch, dass für das Objekt zwei bauliche Rettungswege vorgesehen sind, ist die Anwesenheit der Feuerwehr zur Personenrettung innerhalb der Hilfsfrist nicht erforderlich. Der Brandschutznachweis gilt für die in den Planunterlagen dargestellte und in den beiliegenden Unterlagen beschriebene Situation und Nutzung. Falls im Zuge der weiteren Planung bzw. auch später während des Betriebs, Umplanungen und Änderungen erfolgen, muss der Brandschutznachweis entsprechend angepasst werden. Die Baumaßnahme wurde darüber hinaus mit den Planern und den Bauherren brandschutztechnisch besprochen, damit eine entsprechende bauliche Umsetzung

brandschutztechnischer Belange sichergestellt ist.

Die im Brandschutznachweis beschriebenen Maßnahmen stellen nur eine Möglichkeit dar, einen Brandschutz zu gewährleisten, der den Anforderungen der Bauordnung entspricht. Bei der Interpretation und Umsetzung von Brandschutzanforderungen, die in der Bauordnung und ihren ergänzenden Vorschriften nicht genau festgelegt sind bzw. bei denen eine unterschiedliche Interpretation und Auslegung möglich ist, können sich auch andere Lösungen bzw. Brandschutzanforderungen bzw.

Kompensationsmaßnahmen ergeben bzw. von der Genehmigungsbehörde verlangt werden. Dies gilt sinngemäß auch bei Abweichungen / Ausnahmen / Befreiungen. In den genannten Fällen ist eine entsprechende Anpassung bzw. Ergänzung des Brandschutznachweises erforderlich.

Rechtliche Grundlage der durch diesen Nachweis vorliegenden, grundsätzlichen baurechtlichen Wertung mit Hinblick auf den vorbeugenden Brandschutz, ist die *Bayerische Bauordnung (BayBO)*.

Rechtliche Grundlage der durch diesen Nachweis vorliegenden, grundsätzlichen baurechtlichen Wertung mit Hinblick auf den vorbeugenden Brandschutz, ist die Bayerische Bauordnung (BayBO).

Für die jeweiligen Anforderungen und ihre Umsetzung gelten die Landesbauordnung mit ihren ergänzenden Verordnungen, Vorschriften und Technischen Baubestimmungen sowie die DIN 4102, die Bayrischen Technischen Baubestimmungen (BayTB) und alle einschlägigen Normen, Vorschriften und Regelungen in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Für die baurechtlichen Regelwerke (z.B. eingeführte technische Baubestimmungen) sind ergänzend die in den Anlagen zu den eingeführten technischen Baubestimmungen Bayerns (Bayerische Technische Baubestimmungen (BayTB) Ausgabe Februar 2025)

aufgeführten Anforderungen zu beachten und umzusetzen
(z.B. Anlage A 2.2.1.8/1Bay zur MLAR 2015-02 oder
Anlage A 2.2.1.11/1Bay zur M-LüAR).

Die Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr ist in der
Fassung Oktober 2009 zu beachten und umzusetzen.

1.3 BAURECHTLICHE SITUATION :

Oberstes Schutzziel in den bauordnungsrechtlichen Vorschriften
und in den Urteilen der Verwaltungsgerichte ist die Sicherheit von
Menschen und sonstigen lebensbedrohenden Gefahren.

Ein weiteres Schutzziel ist die Umwelt als natürliche
Lebensgrundlage und Gemeingut der Menschen. Der Sachschutz
tritt hinter diesen überragenden Schutzzielen zurück in die
Verantwortung der Betreiber baulicher Anlagen und deren
Schadenversicherer.

Zur Gewährleistung des allgemeinen Brandschutzes wird nach
Artikel 12 BayBO die Forderung erhoben, dass baulichen Anlagen
so beschaffen sein müssen, dass

- a) der Entstehung eines Brandes und der Ausbreitung von
Feuer und Rauch vorgebeugt wird,
- b) bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren
sowie
- c) wirksame Löscharbeiten möglich sind.

Entsprechend der BayBO dürfen an rechtmäßig bestehende
Gebäude weitere Anforderungen gestellt werden, wenn dies
aufgrund einer konkreten Gefahr für die Sicherheit oder Gesundheit
der Benutzer bzw. Beschäftigten erforderlich ist.

Die Gefahren, die solche Anforderungen rechtfertigen, müssen
nach dem Erkenntnisstand im Einzelfall objektiv gegeben und so
erheblich sein, dass sie Leben oder Gesundheit der Beschäftigten
Nutzer oder Besucher bedrohen, insbesondere die Personenrettung
in Frage stellen. Die allgemeine Vermutung einer Gefahr oder die

entfernte Möglichkeit, dass ein Schaden eintreten kann, reicht nicht aus.

Nachträgliche Maßnahmen müssen daher notwendig, zweckmäßig und verhältnismäßig sein. Sie müssen dem Gebot des geringstmöglichen Eingriffes genügen.

Die Anwendung der z.Zt. gültigen BayBO ist zu sehen unter den Maßgaben des Artikels 54 (5) BayBO; hier heißt es, dass rechtmäßig bestehende bauliche Anlagen den Vorschriften der Bauordnung anzupassen sind bzw. angepasst werden müssen, wenn dies im Einzelfall wegen der Sicherheit für Leben und Gesundheit erforderlich ist.

Ein grundsätzliches Anpassungsverlangen ist nach Art. 54 (5) BayBO (2009), nur gegeben, wenn dies wegen der Sicherheit für Leben oder Gesundheit erforderlich ist (Art. 3 (1) BayBO 2009).

In Art. 54 (2009) wird festgelegt, dass bauliche Anlagen, wenn diese wesentlich geändert werden, mit den aufgrund der BayBO erlassenen Vorschriften in Einklang gebracht werden müssen, wenn

Zitat:

Art. 54 (4), (5) + (6) (2009) BayBO

(4) Bei bestandsgeschützten baulichen Anlagen können Anforderungen gestellt werden, wenn das zur Abwehr von erheblichen Gefahren für Leben und Gesundheit notwendig ist.

(5) Werden bestehende bauliche Anlagen wesentlich geändert, so kann angeordnet werden, dass auch die von der Änderung nicht berührten Teile dieser baulichen Anlagen mit den Gesetz oder den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften in Einklang gebracht werden, wenn das aus Gründen des Art. 3 (1), Satz 1 erforderlich und dem Bauherrn wirtschaftlich zumutbar ist und diese Teile mit den Teilen, die geändert werden sollen, in einem konstruktiven Zusammenhang stehen oder mit ihnen unmittelbar verbunden sind.

(6) Bei Modernisierungsvorhaben soll von der Anwendung des Absatzes 5 abgesehen werden, wenn sonst die Modernisierung erheblich erschwert würde.

„Zitat Ende“

Die Anpassungsklausel der v.g. Absätze 4 und 5 setzt in ihrer Anwendung die „konkrete“ Gefahr voraus.

Als Voraussetzung für die Anwendung, also das in „Einklang bringen“ mit den Vorschriften der BayBO, auch der nicht berührten Teile der Anlage, die wesentlich geändert werden sollen, müssen aus unserer Sicht drei Voraussetzungen kumulativ zusammentreffen.

Es muss festgestellt werden ob,

- die Anlage wesentlich geändert wird
- die nicht berührten Teile in einem konstruktiven Zusammenhang stehen und
- keine unzumutbaren Mehrkosten bei den Bauteilen, die zu ändern der Antragsteller nicht beabsichtigt, verursacht werden.

Darüber hinaus muss der Nachweis der konkreten Gefahr erbracht werden.

Der bloße Wunsch, sinnvollerweise besser so zu handeln, oder gar die bloße Feststellung der Tatsache, dass die bauliche Anlage dem neuen Baurecht widerspricht, reicht als Anpassungsvoraussetzung nicht aus.

Ebenso geht dies aus einem Schreiben der OBB vom 25.07.2011 hervor:

1.1 Bestandsgeschützt ist eine bauliche Anlage, wenn sie genehmigt und genehmigungskonform errichtet worden ist ("formeller Bestandsschutz") oder wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Errichtung dem geltenden Recht entsprochen hat ("materieller Bestandsschutz") und Bestandsgeschützt ist die bauliche Anlage unabhängig von ihrer formell und/oder materiell rechtmäßigen oder rechtswidrigen Errichtung auch, wenn sie zum Zeitpunkt der bauaufsichtlichen

Beurteilung (z. B. der Entscheidung über einen Bauantrag oder über bauaufsichtliche Maßnahmen) dem dann geltenden materiellen Recht entspricht. Unter diesen Voraussetzungen gilt der Bestandsschutz sowohl für das der Planung zugrunde liegende "Brandschutzkonzept" als auch für einzelne Bauteile/Bauprodukte.

2.1 Bei Umbauten oder Nutzungsänderungen in bestehenden Gebäuden sind die geltenden bauordnungsrechtlichen Anforderungen zu beachten. *Sie beziehen sich dann auf die jeweils beabsichtigte Maßnahme, soweit sich diese abgrenzen lässt, nicht aber von vorneherein regelmäßig auch auf Bereiche, die von der Maßnahme nicht berührt werden oder gar auf das ganze Gebäude.*

1.4 BEWERTENDE HINWEISE ZU DEN WESENTLICHEN ÄNDERUNGEN

Nach alledem ist festzuhalten, dass im Regelfall nur bei einer grundlegenden Sanierung und insbesondere dann, wenn wesentlich in die Konstruktionsbauteile eingegriffen wird, eine Anpassung an die Regeln der Technik zu vollziehen ist, da vorhandene Gefährdungspotentiale, die offensichtlich werden, qualifiziert abzustellen sind, um den Schutzzielen Generalklauseln nach den Art. 3 und 12 (2009) BayBO gerecht zu werden und so der Entstehung eines Brandes und der Ausbreitung von Rauch vorgebeugt wird und bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren sowie wirksame Löscharbeiten möglich sind.

Weiterhin kann daraus abgeleitet werden, dass neue Bauteile und Baustoffe so zu errichten und herzustellen sind, dass die Anforderungen des geltenden Regelwerkes erfüllt werden, soweit dies im Rahmen der Änderungen möglich ist und dadurch unzumutbare Mehrkosten nicht verursacht werden.

en beteiligten Fachplanern und Ausführenden am

Bau muss deshalb eingängig sein, dass bei den Feuerwiderstandsdauern der bestehenden Bauteile und Baukonstruktionen, die nicht verändert werden, davon ausgegangen werden muss, dass diese den seinerzeitigen Anforderungen der anzuwendenden Regelwerke entsprechen.

2 ÜBERSICHT:

2.1 BEBAUUNG DES GRUNDSTÜCKS:

Das bestehende und zu erweiternde Gebäude ist freistehend auf dem Grundstück angeordnet.
Die Anordnung des Objektes auf dem Grundstück wird über die Lageplankopie ersichtlich.

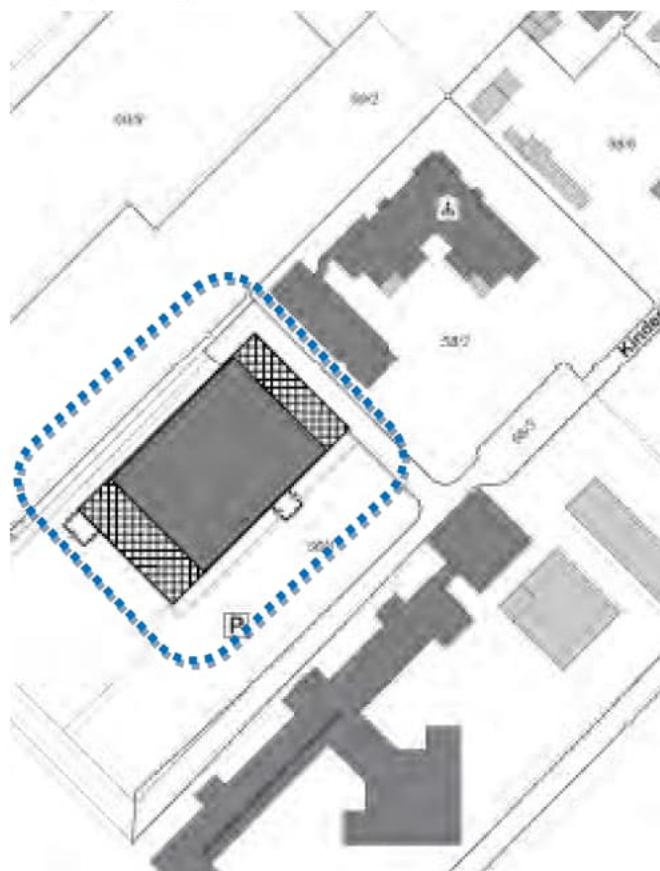


Bild 1: Lageplan

Die grundsätzliche Zugänglichkeit des Gebäudes ist über die

öffentlichen Verkehrswege gegeben. Diese Wege erlauben, von diesen Flächen den Feuerwehruzugriff.

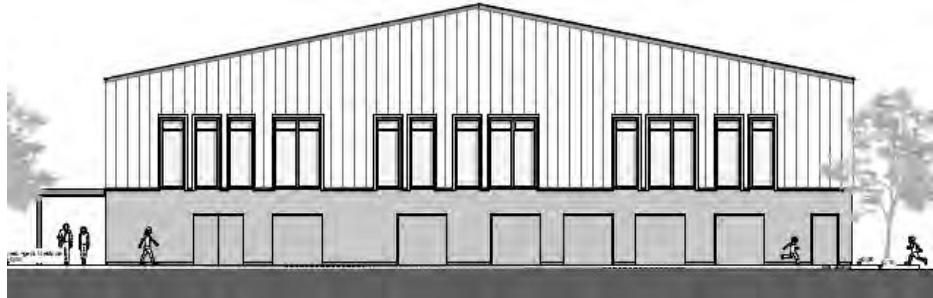


Bild 2: Ansicht Nordost

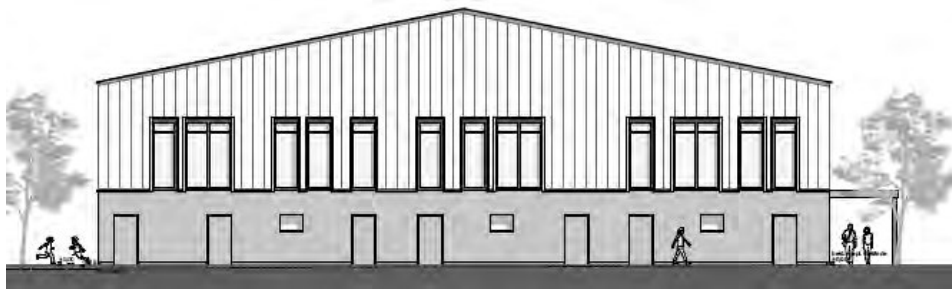


Bild 3: Ansicht Südwest

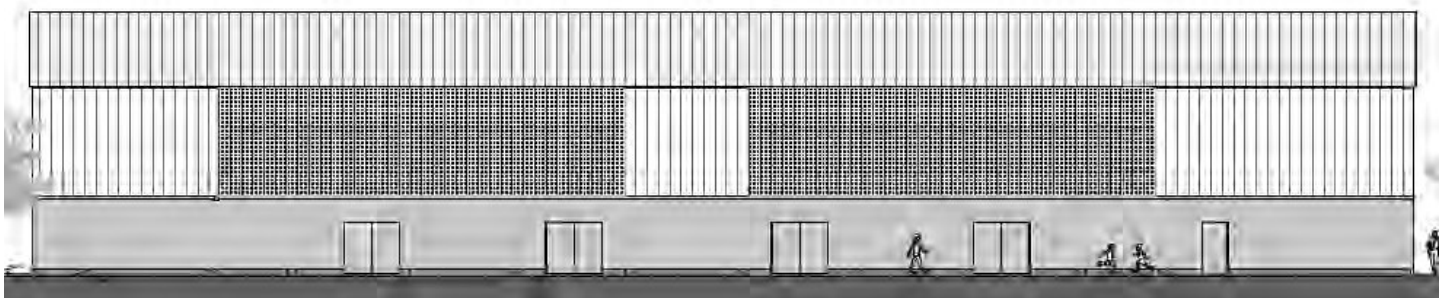


Bild 4: Ansicht Nordwest



Bild 5: Ansicht Südwest

2.2 BAUTEILE, BAUART UND BAUSTOFFE:

Nach den vorgelegten Unterlagen ergeben sich nachstehende, und aus der Sicht des baulichen Brandschutzes relevante Konstruktionen:

- Die tragenden Bauteile des Objektes einschließlich der Kellerbereiche sind in Stahlbeton und Mauerwerk unter Verwendung von massiven Wänden und Stützen, sowie Geschoßdecken aus Stahlbeton ausgeführt.
- Dachkonstruktion ist als Stahlkonstruktion mit harter Bedachung ausgeführt.
- Das Objekt wird zentral beheizt.
Das Heizmedium, bzw. der Wärmeträger ist Wasser.

Sofern des weiteren Baustoffe und Bauteile brandschutztechnisch relevant sind, werden in diesem Nachweis deren brandschutztechnische Erfordernisse aufgezeigt.

Sämtliche Bauprodukte müssen *Art. 15 BayBO* entsprechen und nachgewiesen sein.

2.3 NUTZUNG:

Für die Nutzungsbereiche sind nachstehende Nutzungen vorgesehen bzw. vorhanden:

UNTERGESCHOSS:

- Lagerräume, Technik, Heizung

ERDGESCHOSS:

- Mehrzweckhalle mit ca. 900m² Nutzfläche
insgesamt ca. 1800 Personen
Im Anhang sind Beispiele für mögliche
Möblierungsvarianten beigefügt.
Die Anforderungen nach §10 VStättV sind einzuhalten.
- Umkleiden, Toiletten, Büro, Technik, Lagerräume

1. OBERGESCHOSS:

- Empore zur Mehrzweckhalle mit Tribünen
Kiosk, Toiletten, weniger als 200 Zuschauer
- Räume für Mittagsbetreuung,
weniger als 250 Personen

DACHGESCHOSS:

- Lüftungsanlage,
- keine Lagernutzung

❖ Schulbetrieb:

Es kann nach Angaben der Gemeinde kann von folgenden Personenzahlen ausgegangen werden:

ca. 250 Kinder und Betreuer in der Mittagsbetreuung

ca. 65 Nutzer der Sporthalle

ca. **320** Personen im Gebäude

❖ Betrieb als Versammlungsstätte:

Die Mehrzweckhalle im Erdgeschoss des Gebäudes soll auch als Versammlungsstätte genutzt werden können. Da es sich gemäß **§ 2(2)VStättV** formal-rechtlich nicht um eine erdgeschossige Versammlungsstätte handelt, ist bei Nutzung der Sporthalle als Versammlungsstätte keine Nutzung der abgeschlossen Räume im Obergeschoss des Gebäudes möglich.

Die Aufenthaltsbereiche im 1.Obergeschoss sind bei einer Nutzung als Versammlungsstätte abzutrennen, d.h. der Zugang zu diesen Bereichen muss versperrt werden. Hierbei ist aber darauf zu achten das Personen, die sich unbeabsichtigterweise im Obergeschoss aufhalten der Rettungsweg nicht versperrt wird.

3 EINSTUFUNG DES GEBÄUDES

Rechtliche Grundlage der durch diesen Nachweis vorliegenden, grundsätzlichen baurechtlichen Wertung mit Hinblick auf den vorbeugenden Brandschutz, ist die *Bayerische Bauordnung (BayBO)*.

Mit Hinblick auf die Möglichkeit der Lage der obersten Aufenthaltsräume im Gebäude von ca. 3,44 m über dem umgebenden Gelände, ist das Bauwerk baurechtlich gesehen insgesamt in die *Gebäudeklasse 3* einzustufen, wie sich dies aus *Art. 2 Abs. 3 BayBO* ergibt.

Es handelt sich demnach um eine bauliche Anlage der Gebäudeklasse 3.

Mit Hinblick auf die Anzahl der Personen im Gebäude und der Betreuung von Kindern ist das Bauwerk als Sonderbau einzustufen.

Nach Art. 2 (4) Satz Nr.6, 7 + 14 muss das gesamte Bauvorhaben als Sonderbau beurteilt werden.

Das Bauvorhaben gilt deshalb als Sonderbau

Für das Gebäude ist die Versammlungsstättenverordnung (VStättV) (> 200 Personen) zu beachten.

4 BRANDABSCHNITTE UND BRANDWÄNDE

4.1 NACHBARGRENZEN:

BayBO: Art. 28(2)

Brandwände sind erforderlich

1. als Gebäudeabschlusswand, ausgenommen von Gebäuden ohne Aufenthaltsräume und ohne Feuerstätten mit nicht mehr als 50 m³ Brutto-Rauminhalt, wenn diese Abschlusswände an oder mit einem Abstand bis zu 2,50 m gegenüber der Grundstücksgrenze errichtet werden, es sei denn, dass ein Abstand von mindestens 5 m zu bestehenden oder nach den baurechtlichen Vorschriften zulässigen künftigen Gebäuden gesichert ist.

Die Baumaßnahme weist zu den Nachbargrenzen, bzw. zu den öffentlichen Verkehrsflächen auf der Süd-, Nord- West- und Ostseite hin, ausreichende Abstandsflächen aus, so dass dadurch ausreichende räumliche Brandabschnittstrennungen gesichert sind.

Bauliche Maßnahmen sind somit nicht erforderlich.

4.2 INNERHALB DER GEBÄUDE:

BayBO: Art. 28(2)

2. als innere Brandwand zur Unterteilung ausgedehnter Gebäude in Abständen von nicht mehr als 40 m,

Da die Gebäudelänge mehr als 40 m (= 61,15 m) beträgt, wäre eine innere Brandwand erforderlich.

Das erweiterte Gebäude mit Abmessungen von ca. 61,15 m x 32,95 m soll in einem Brandabschnitt genutzt werden.

Die Unterteilung des Gebäudes in Brandabschnitte von höchstens 40 m ist aus betrieblichen Gründen nicht erwünscht.

Bedenken wegen des Brandschutzes bestehen nicht, wenn die Forderungen des *Art. 12 BayBO* eingehalten werden, wonach bauliche Anlagen so zu errichten sind, dass der Entstehung und der Ausbreitung von Feuer und Rauch vorgebeugt wird und bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren wirksame Löscharbeiten möglich sind.

Abw.1 - Die Überschreitung der Längenausdehnung um 21,15 m, abweichend von *Art. 28(2) BayBO* wird beantragt, da

- das Gebäude über Unterteilungen durch qualifizierte Trennwände verfügt.
- das gesamte Gebäude mit einer flächendeckenden Brandmeldeanlage ausgestattet ist und diese Anlage auf die Integrierte Leitstelle aufgeschaltet ist.

Es handelt sich hierbei um eine Abweichung im Sinne von *Art. 63, BayBO*, die einer Zustimmung durch die Bauaufsicht bzw. durch einen „*Prüfsachverständigen*“ bedarf.

5 FEUERWIDERSTANDSDAUER

Für die vorhandenen Bauteile, die auch nicht verändert werden, und auch nicht in einem konstruktiven Zusammenhang mit dem Umbau im Bestand stehen, wird Bestandsschutz in Anspruch genommen.

Da im bestehenden Gebäude zum überwiegenden Teil nicht in bestehende und tragende Bauteile eingegriffen werden soll, ist eine Überprüfung für diese Bauteile aus Sicht des Nachweiserstellers nicht erforderlich, da, wie bereits ausgeführt, davon ausgegangen werden muss, dass diese den damals geltenden Regelwerken entsprechen.

Der statisch konstruktive Brandschutz ist somit, nur für solche Bauteile zu prüfen, die neu erstellt bzw. verändert werden. Hiervon unabhängig ist selbstverständlich die Beurteilung des statischen Systems in Bezug auf die Nutzlasten, wenn diese gegenüber dem Ursprungskonzept verändert werden, die unabhängig vom Brandschutz immer durch den Prüfstatiker zu berücksichtigen und zu bewerten sind. Hierbei dürfen aber auch die seinerzeit nach den Normen vorgegebenen Nutzlasten angesetzt werden, da sich die Nutzung nicht verändert.

Weiterhin sind Reparaturen und Sanierungen von Schadstellen (z.B. freiliegende Bewehrung oder Stahlträger, Abplatzungen der Betonüberdeckung, usw.) unumgänglich, auch um unabhängig vom Brandschutz den weiteren Bestand der Bauteile nicht zu gefährden.

Weitere Maßnahmen würden eine unzumutbare Härte für den Bauherrn darstellen, da das zur Zeit der Errichtung des Gebäudes geltende Regelwerk andere bzw. zumeist geringere Anforderungen festlegt, da ansonsten bei jedem bestehenden Gebäude eine gesamte Neubeurteilung des Tragwerks und der

bestehenden Bauteile erfolgen müsste, die vor dem Hintergrund des Bestandes, nicht vertretbar und unverhältnismäßig wäre und damit der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz des Art. 54 BayBO unterlaufen würde.

Auch wiederholte Rücksprachen und Gespräche mit der obersten Bauaufsicht der Länder, bestätigen diese Beurteilungsweise.

Würde eine andere Bewertung zutreffen, so müssten die meisten bestehenden baulichen Anlagen, die modernisiert oder in Teilen verändert werden entweder abgerissen und neu aufgebaut werden bzw. von Grund auf neu saniert werden, um die derzeit geltenden Anforderungen zu erfüllen.

5.1 UNTERIRDISCHE GESCHOSSE

Mit Hinblick auf die Nutzung als Kellerräume, sind sämtliche tragenden Wände, Pfeiler und Stützen, sowie die Decken und deren Unterstützungen in feuerbeständiger Bauart (F90-A) herzustellen.

Dies ist bei der vorhandenen Ausführung der Bauteile in Stahlbeton bzw. Mauerwerk zum Teil umgesetzt bzw. kann umgesetzt werden.

Für die vorhandenen Bauteile wird Bestandsschutz in Anspruch genommen.

5.2 OBERIRDISCHE GESCHOSSE

Da es sich gemäß § 2(2) VStättV formal-rechtlich nicht um eine erdgeschossige Versammlungsstätte (Gebäude mit nur einem Geschoss) handelt, wären die Bauteile entsprechend nach § 4(1) VStättV insgesamt feuerbeständig auszuführen.

Abw.2 - Die Herstellung der Tragkonstruktion mit feuerhemmenden Bauteilen abweichend von § 4(2) VStättV wird beantragt, da

- sich der Versammlungsraum nur im Erdgeschoss befindet und unmittelbar verlassen werden kann
- Das gesamte Gebäude mit einer flächendeckenden Brandmeldeanlage ausgestattet ist und diese Anlage auf die Integrierte Leitstelle aufgeschaltet ist.

Es handelt sich hierbei um eine Abweichung im Sinne von Art. 63, BayBO, die einer Zustimmung durch die Bauaufsicht bzw. durch den „Prüfsachverständigen für Brandschutz“ bedarf.

Das Obergeschoss umschließt wie eine umlaufende Galerie den Sporthallenbereich. Das Kellergeschoss ist mit feuerbeständigen Wänden und feuerhemmenden, rauchdichten und selbstschließenden Türen abgetrennt. Ein Raumabschluss zum Erdgeschoss, wie er baurechtlichen vorgesehen ist, ist aus betrieblichen Gründen nicht gewünscht.

Abw.3 - Die Ausführung der Decke über dem Kellergeschoss und Erdgeschoss ohne Raumabschluss zum Obergeschoss, im Eingangsbereich und in der Sporthalle, abweichend von Art. 29(4) BayBO wird beantragt, da

- das Kellergeschoss mit feuerbeständigen Wänden und feuerhemmenden, rauchdichten und selbstschließenden Türen abgetrennt wird.
- das gesamte Gebäude mit einer flächendeckenden Brandmeldeanlage ausgestattet ist und diese Anlage auf die Integrierte Leitstelle aufgeschaltet ist.

Es handelt sich hierbei um eine Abweichung im Sinne von Art. 63, BayBO, die einer Zustimmung durch die Bauaufsicht bzw. durch einen „Prüfsachverständigen“ bedarf.

5.3 AUSSENWÄNDE

5.3.1 TRAGENDE AUSSENWÄNDE

Tragende Außenwände haben die gleichen Anforderungen wie tragende Wände, Pfeiler und Stützen.

5.3.2 NICHTTRAGENDE AUSSENWÄNDE

Die Außenwände sind aus nicht brennbaren Baustoffen oder feuerhemmend herzustellen.

Dies gilt nicht für brennbare

Fensterprofile und Fugendichtungen sowie brennbare Profilen der Außenwandbekleidungen. Oberflächen von Außenwänden, Außenwandbekleidungen in Außenwänden sowie Unterkonstruktionen müssen nach *Art. 26 (2) BayBO* mindestens schwerentflammbar (Klasse B 1) sein;

Da es sich gemäß § 2(2) *VStättV* formal-rechtlich nicht um eine erdgeschossige Versammlungsstätte (Gebäude mit nur einem Geschoss) handelt, sind die Außenwände entsprechend nach § 4(2) *VStättV* insgesamt nichtbrennbar auszuführen.

Die eingeplanten Fassaden aus Blech oder Beton i.V. mit nicht brennbarer Dämmung erfüllen diese Anforderungen.

5.4 TRENNWÄNDE

Trennwände zwischen Nutzungseinheiten und zwischen Nutzungseinheiten und anders genutzten Räumen sind feuerhemmend bzw. feuerbeständig herzustellen, wie sich dies nach *Art. 27 BayBO* ergibt.

In der Versammlungsstätte ist es geplant keine Trennwand mit Feuerwiderstandsfähigkeit zu anderen Räumen auszubilden. Die Nebenräume sollen zum Teil dem Versammlungsraum zuzuschlagen werden.

Abw.4 - Abweichend von §4(3) *VStättV* wird beantragt, keine feuerwiderstandsfähigen Trennwände zu anderen Räumen auszubilden, da

- das gesamte Gebäude mit einer flächendeckenden Brandmeldeanlage ausgestattet ist und diese Anlage auf die Integrierte Leitstelle aufgeschaltet ist.

- direkte und kurze Rettungswege vorhanden sind.

Es handelt sich hierbei um eine Abweichung im Sinne von Art. 63, BayBO, die einer Zustimmung durch die Bauaufsicht bzw. durch den „Prüfsachverständigen für Brandschutz“ bedarf.

Im Erdgeschoss ist bei einer Nutzung für Veranstaltungen zum Teil eine offene Küche in einem Lagerraum geplant. D.h. eine komplette Abtrennung der Küche vom Gastraum wird von den Bauherren nicht gewünscht. Die offene Küche mit einer Nutzfläche von ca.34m² verfügt auch über keine automatische Feuerlöschanlage.

Diese von §19(5) VStättV abweichende Ausführung ist aus gutachterlicher Sicht möglich, da das Erdgeschoss über mehrere Ausgänge direkt ins Freie verfügt und die Rettungswege aus den Gast- und Versammlungsräumen direkt und kurz ausgebildet ist und das gesamte Gebäude mit einer flächendeckenden Brandmeldeanlage ausgestattet wird und diese Anlage auf die Integrierte Leitstelle aufgeschaltet wird.

Abw.5 - Abweichend von §19(5) VStättV wird beantragt, keine Feuerlöschanlage im Bereich der offenen Küche anzuordnen, da

- das gesamte Gebäude mit einer flächendeckenden Brandmeldeanlage ausgestattet ist und diese Anlage auf die Integrierte Leitstelle aufgeschaltet ist.
- direkte und kurze Rettungswege vorhanden sind.

Es handelt sich hierbei um eine Abweichung im Sinne von Art. 63, BayBO, die einer Zustimmung durch die Bauaufsicht bzw. durch den „Prüfsachverständigen für Brandschutz“ bedarf.

Lüftungsanlagen und -leitungen für Küchen und Schankräume müssen den Richtlinien über die brandschutztechnischen Anforderungen an Lüftungsanlagen (A 2.1.15 BayTB) genügen.

Deshalb ist es notwendig, die Bereiche in denen einen Fettbrand entstehen könnte, klein zu halten.

Hier sind keine Fritteusen vorgesehen.

In den Küchen sind Feuerlöscher vorzuhalten, die speziell für den Gebrauch an Fritteusen und Tiefbratgeräten entwickelt wurde und nach EN 3 zugelassen ist. Diese Löscher sind nach den „*Richtlinien der Berufsgenossenschaft für Nahrungs- und Genussmittel – BGN*“ in Gaststätten / Küchen Vorschrift.

Die *BGN* fordert jetzt in allen einschlägigen Vorschriften: Zusätzlich zu der Grundausrüstung von Küchen mit Feuerlöschern müssen zur Bekämpfung von Fettbränden geeignete Feuerlöscheinrichtungen vorhanden sein.

Der Aufbewahrungsort des Feuerlöschers muss im Brandfall leicht erreichbar und zugänglich sein. Aber auch in sicherem Abstand zu einem möglichen Brandherd.

5.5 DÄCHER

Die Dachhaut muss gegen Flugfeuer und strahlende Wärme widerstandsfähig sein = harte Bedachung. Teilflächen der Bedachung und Vordächer, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind zulässig, wenn Belange des Brandschutzes nicht beeinträchtigt sind.

Dachvorsprünge, Dachgesimse und Dachaufbauten, lichtdurchlässige Dachflächen, Lichtkuppen und Oberlichte sind nach *Art. 30, Abs. 5 BayBO* so anzuordnen und herzustellen, dass Feuer nicht auf andere Gebäudeteile und Nachbargebäude übertragen werden kann.

Das Tragwerk des Daches muss feuerhemmend (*vgl. §4(2) VStättV*) ausgeführt werden. Die Lichtflächen und Dämmung sind aus nicht brennbaren Baustoffen hergestellt werden.

Die Brandschutzbeschichtung der bestehenden Stahlkonstruktion wird erneuert.

5.6 FUGEN

Fugen in raumabschließenden feuerwiderstandsfähigen Bauteilen (z.B. Arbeitsfugen, Bewegungsfugen) sind in der Feuerwiderstandsklasse des jeweiligen raumabschließenden Bauteils zu sichern.

Für Fugen zwischen raumabschließenden Wänden (z.B. zwischen Gebäudetrennwänden) sollten nichtbrennbare Baustoffe verwendet werden. Für Randabdichtungen oder Randabdeckungen solcher Fugen können in der Regel normalentflammbare Baustoffe verwendet werden.

5.7 BALKONE, ERKER UND ANDERE VORBAUTEN

Für Balkone, Erker und andere Vorbauten sowie für Loggien gelten die Vorschriften für Wände, Decken und Dächer sinngemäß. Die Verwendung brennbarer Baustoffe oder die Verwendung nichtbrennbarer Baustoffe an Stelle einer Bauart mit Feuerwiderstandsdauer ist zulässig, wenn keine Bedenken wegen des Brandschutzes bestehen.

5.8 TRAGKONSTRUKTION ALLGEMEIN

Der Nachweis der Feuerwiderstandsdauer von ggf. neuen tragenden Bauteile muss von einem Statiker erstellt werden. Der vorliegende Brandschutznachweis würde erst in vollem Umfang gültig, wenn dieser Nachweis vorliegt.

6 HORIZONTALER TEIL DER RETTUNGSWEGE

6.1 MAXIMALE RETTUNGSWEGLÄNGE

Die Ausführung der Flucht- und Rettungswege für und aus den einzelnen Nutzungsbereichen in den Geschossen heraus ist gemäß *Art. 12 BayBO* und *Art. 31 BayBO* ausreichend, wenn

- von jeder Stelle der Aufenthaltsbereiche heraus mindestens zwei voneinander unabhängige Rettungswege erreicht werden, und dabei
- für den ersten Rettungsweg keine Lauflängen von mehr als 35 m (bzw. 30 m) entstehen.

6.1.1 FLUCHT- UND RETTUNGSWEGE AUS DEM DACHGESCHOSS

Aus den Nutzungsbereichen (Aufstellraum der Lüftungsanlage) ist der erste Rettungsweg direkt an eine notwendige Treppe sichergestellt.

Eine Lauflinie von ≤ 35 m wird eingehalten.

6.1.2 FLUCHT- UND RETTUNGSWEGE AUS DEM 1. OBERGESCHOSS

Aus den Nutzungsbereichen ist der erste und zweite Rettungsweg an die notwendigen Treppenräume an weitere notwendige Treppen sichergestellt. Da sich auf der Empore weniger als 200 Zuschauer bzw. weniger als 300 Personen im Schulbetrieb aufhalten, sind die vier Ausgänge mit einer lichten Breite $> 90\text{cm}$ als ausreichend zu bewerten.

Für die entferntesten Punkte der Nutzungsbereiche wird eine Lauflänge von max. 35,0m benötigt.

Eine Lauflinie von ≤ 35 m wird eingehalten.

6.1.3 FLUCHT- UND RETTUNGSWEGE AUS ERDGESCHOSS

Aus den Nutzungsbereichen ist der erste Rettungsweg über direkte Ausgänge ins Freie sichergestellt.

Der zweite Rettungsweg wird über weitere Ausgänge ins Freie sichergestellt.

Für die entferntesten Punkte der Nutzungsbereiche wird eine Lauflänge von max. 25,0m benötigt.

Eine Lauflinie von ≤ 30 m wird eingehalten.

Die durch eine Trennvorhang teilbare Sporthalle verfügt über voneinander unabhängige Rettungswegsysteme für beide Teile. Durch die Öffnung der mobilen Trennwand, sollen beide Hallenbereiche gemeinsam als Versammlungsraum genutzt werden.

Die für den Brandfall notwendigen Rettungswege, sind über die Türen ins Freie gegeben. Nach §1 VstättV sind auf 1 m² Grundfläche des Versammlungsraumes an Stehplätzen zwei Personen zu rechnen und mindestens 1,20m lichte Durchgangsbreite je 200 Personen.

Mehrzweckhalle:

Wie im Bauantrag dargestellt sind im Hallenbereich max. ca. 1496 Plätze vorhanden.

900m² Grundfläche

max. ca. 1800 Personen

$$1800 / 200 = 9,0\text{m} < 4 \times 2,4\text{m} + 1 \times 1,8\text{m} = 11,4\text{m}$$

Die Nutzung des Erdgeschosses soll nur mit den nach §32 VStättV zu genehmigenden Bestuhlungsplänen erfolgen, die im Grundriss dargestellt und im Anhang beigelegt sind.

Eine komplett unmöblierte Nutzung des Saals als Versammlungsstätte ist nicht geplant aber vor dem Hintergrund der Ausgänge möglich.

6.1.4 FLUCHT- UND RETTUNGSWEGE AUS DEM UNTERGESCHOSS

Für die Nutzungsbereiche im Untergeschoss, ist im Regelfall ein baulicher Rettungsweg ausreichend ist, der durch den Anschluss an die notwendigen Treppen immer gegeben ist.

Die Lauflängen ≤ 35 m werden eingehalten

6.2 NOTWENDIGE FLURE

Die brandschutztechnisch notwendige Ausbildung von allgemein zugänglichen Fluren (notwendige Flure) ergibt sich aus Art. 34 BayBO :

(1) 1Flure, über die Rettungswege aus Aufenthaltsräumen oder aus Nutzungseinheiten mit Aufenthaltsräumen zu Ausgängen in notwendige Treppenräume oder ins Freie führen (notwendige Flure), müssen so angeordnet und ausgebildet sein, dass die Nutzung im Brandfall ausreichend lang möglich ist.

Bei der vorliegenden Planung sind keine Aufenthaltsräume an Flure angeschlossen. Somit ist die Ausbildung von notwendigen Fluren entbehrlich.

7 VERTIKALER TEIL DER RETTUNGSWEGE

7.1 NOTWENDIGE TREPPEN

Die bauliche Ausführung der Treppenräume und Treppen ergibt sich aus den Maßgaben der Bayerischen Bauordnung, bzw. aus den Art. 32 und 33 BayBO.

Die Treppen müssen insbesondere auch der in Bayern über die Technischen Baubestimmungen bauaufsichtlich eingeführten DIN 18065 entsprechen.

Im Objekt sind mehrere Treppenanlagen vorhanden.

Gemäß Art. 33, Abs. 3, BayBO muß jeder Treppenraum auf möglichst kurzen Weg einen sicheren Ausgang ins Freie haben.

Art. 33, Abs. 3, BayBO :

(3) 1Jeder notwendige Treppenraum muss einen unmittelbaren Ausgang ins Freie haben. 2Sofern der Ausgang eines notwendigen Treppenraums nicht unmittelbar ins Freie führt, muss der Raum zwischen dem notwendigen Treppenraum und dem Ausgang ins Freie

- 1. mindestens so breit sein wie die dazugehörigen Treppenläufe,*
- 2. Wände haben, die die Anforderungen an die Wände des Treppenraums erfüllen,*
- 3. rauchdichte und selbstschließende Abschlüsse zu notwendigen Fluren haben und*
- 4. ohne Öffnungen zu anderen Räumen, ausgenommen zu notwendigen Fluren, sein.*

7.2 ANFORDERUNGEN AN NOTWENDIGE TREPPEN

Jedes Geschoss des Objekts verfügt über wenigstens einen baulichen Rettungsweg, der in einem Zug zu allen angeschlossenen Geschossen eine Verbindung herstellt.

Gemäß Art. 32, Abs. 1, BayBO:

(1) 1Jedes nicht zu ebener Erde liegende Geschoss und der benutzbare Dachraum eines Gebäudes müssen über mindestens eine Treppe zugänglich sein (notwendige Treppe).

Die tragenden Teile der Treppen eines Bauwerkes der Gebäudeklasse 3 sind feuerhemmend oder nichtbrennbar herzustellen.

Die eingeplanten Stahlbetontreppen erfüllen diese Anforderung.

7.3 NOTWENDIGE TREPPENRÄUME

Jede notwendige Treppe muss in einem eigenen durchgehenden Treppenraum liegen, der so angeordnet und ausgebildet ist, dass er gefahrlos als Rettungsweg benutzt werden kann (Treppenraum, der an einer Außenwand liegt) = notwendiger Treppenraum. Gemäß Art. 33, Abs. 1, BayBO muß jeder Treppenraum auf möglichst kurzen Weg einen sicheren Ausgang ins Freie haben:

(1) 1Jede notwendige Treppe muss zur Sicherstellung der Rettungswege aus den Geschossen ins Freie in einem eigenen, durchgehenden Treppenraum liegen (notwendiger Treppenraum). 2Notwendige Treppenräume müssen so angeordnet und ausgebildet sein, dass die Nutzung der notwendigen Treppen im Brandfall ausreichend lang möglich ist.

Die Trennwände für die Treppenräume müssen Feuerhemmend ausgebildet sein und der Ausgang muss mindestens so breit sein, wie die zugehörige notwendige Treppe und darf nicht eingeengt werden.

Die notwendigen Treppen zur Verbindung des zweiten Rettungsweges von der Empore ins Erdgeschoss und vom Untergeschoss ins Erdgeschoss sind ohne Treppenraum als offene Verbindung geplant.

Abw.6 - Abweichend von Art. 33 (1) BayBO wird beantragt die notwendigen Treppen von der Empore ins Erdgeschoss und vom Untergeschoss ins Erdgeschoss, ohne Ausbildung eines notwendigen Treppenraumes auszuführen, da

- Hierüber nur der zweite bauliche Rettungsweg hergestellt wird und die Empore an zwei Treppenräume angeschlossen ist.
- Das gesamte Gebäude mit einer flächendeckenden Brandmeldeanlage ausgestattet ist und diese Anlage auf die Integrierte Leitstelle aufgeschaltet ist.

Es handelt sich hierbei um eine Abweichung im Sinne von Art. 63, BayBO, die einer Zustimmung durch die Bauaufsicht bzw. durch den „Prüfsachverständigen für Brandschutz“ bedarf.

7.4 ANFORDERUNGEN AN NOTWENDIGE TREPPENRÄUME

WÄNDE

In einem Gebäude der Gebäudeklasse 3 müssten die Wände von Treppenräumen feuerhemmend hergestellt werden. Die eingeplanten massiven Wände erfüllen diese Anforderung.

OBERER ABSCHLUSS

Der obere Abschluß der Treppenräume muß entsprechend Art. 33 Abs. 3; BayBO ausgeführt sein:
Der obere Abschluss notwendiger Treppenräume muss als raumabschließendes Bauteil die Feuerwiderstandsfähigkeit der Decken des Gebäudes haben; das gilt nicht, wenn der obere Abschluss das Dach ist und die Treppenraumwände bis unter die Dachhaut reichen.

Die hier eingeplanten Stahlbetondecken über den Treppenräumen erfüllen diese Anforderung.

SICHERUNG VON ÖFFNUNGEN

Für Treppenraumtüren gilt Art. 33 Abs. 6 BayBO :

(6) 1In notwendigen Treppenräumen müssen Öffnungen

1. zu Kellergeschossen, zu nicht ausgebauten Dachräumen, Werkstätten, Läden, Lager- und ähnlichen

Räumen sowie zu sonstigen Räumen und

Nutzungseinheiten mit mehr als 200 m², ausgenommen

Wohnungen, mindestens feuerhemmende,

rauchdichte und selbstschließende Abschlüsse,

2. zu notwendigen Fluren rauchdichte und selbstschließende Abschlüsse,

3. zu sonstigen Räumen und Nutzungseinheiten mindestens

vollwandige, dicht- und selbstschließende Abschlüsse haben. 2Die Feuerschutz- und Rauchschutzabschlüsse dürfen lichtdurchlässige Seitenteile und Oberlichte enthalten, wenn der Abschluss insgesamt nicht breiter als 2,50 m ist.

Die Nutzungsbereiche werden von den Treppenträumen mit feuerhemmend, dicht und selbstschließend (T30 DIN 18095-RS) Türen abgetrennt.

Brandschutztüren jeglicher Art können in ständig geöffneten Zustand gehalten werden, wenn dafür bauaufsichtlich zugelassene Feststellanlagen verwendet werden, die schon bei Auftreten von Rauch die Türen zum Schließen freigeben. Zusätzlich ist ein Schließen von Hand über einen entsprechenden Handauslöseknopf vorzusehen, soweit die Zulassungen nichts Anderes aussagen. Die Auslösestellen sind mit der Aufschrift zu kennzeichnen:

Feuerschutzabschluss / Rauchschutztür schließen

LÜFTUNG, BELEUCHTUNG, INSTALLATIONEN

Für die Treppenträume müssen nach Art. 33, Abs. 8 BayBO weitergehende Maßnahmen ergriffen werden:

8) 1Notwendige Treppenträume müssen belüftet werden können. 2Sie müssen in jedem oberirdischen Geschoss unmittelbar ins Freie führende Fenster mit einem freien Querschnitt von mindestens 0,50 m² haben, die geöffnet werden können. 3Für innenliegende notwendige Treppenträume und notwendige Treppenträume in Gebäuden mit einer Höhe nach Art. 2 Abs. 3 Satz 2 von mehr als 13 m ist an der obersten Stelle eine Öffnung zur Rauchableitung mit einem freien Querschnitt von mindestens 1 m² erforderlich; sie muss vom Erdgeschoss sowie vom obersten Treppenabsatz aus geöffnet werden können.

Die Forderung nach einem öffnenbaren Fenster kann bei den Treppenräumen auch am obersten Punkt erfüllt werden. Hier wird ein manuell zu öffnendes Dachfenster zur Rauchableitung mit einem freien Querschnitt von mindestens 0,5m² angeordnet.

Die Verlegung von nichtbrennbaren Leitungsanlagen mit nicht brennbaren Medien ist in der Regel zulässig. Ausführung nach LeiAR.

Treppenräume und deren zu den Ausgängen ins Freie führende Vorräume sind vollständig brandlastfrei zu halten.

Werden in den Treppenräumen Wand- und Deckenverkleidungen vorgesehen, müssen diese einschließlich der Unterkonstruktion, Halterung und Befestigung, sowie der Dämmstoffe aus nichtbrennbaren Baustoffen (*A1/A2-Baustoffe nach DIN 4102*) bestehen. Brennbare Oberflächen sind mit einer nichtbrennbaren Schicht ausreichender Dicke (z.B. 10mm Gipsfaserplatte) zu bekleiden.

In den notwendigen Treppenräumen und in den Versammlungsräumen sollen Dämmungen aus brennbaren Baustoffen im Fußbodenaufbau unter dem Estrich verwendet werden

Abw.7 - Abweichend von Art. 33(5) BayBO i.V. mit §5(1) VStättV wird die Anwendung von brennbaren Baustoffen unter dem Estrich beantragt, da

- das gesamte Gebäude mit einer flächendeckenden Brandmeldeanlage ausgestattet ist und diese Anlage auf die Integrierte Leitstelle aufgeschaltet ist.
- der Randdämmstreifen aus nicht brennbaren Baustoffen hergestellt wird.

Es handelt sich hierbei um eine Abweichung im Sinne von Art. 63, BayBO, die einer Zustimmung durch die Bauaufsicht bzw. durch den „Prüfsachverständigen für Brandschutz“ bedarf.

7.5 KENNZEICHNUNG DER RETTUNGSWEGE

Es sind Hinweisschilder auf die Ausgänge anzubringen. Die Schilder müssen den dazu geltenden Vorgaben der ASR A1.3 entsprechen, wobei insbesondere nachstehendes zu beachten ist:

- von jeder Stelle in den Fluren und Treppenträumen sowie in der Mehrzweckhalle im Erdgeschoss und Kellergeschoss müssen Rettungswegzeichen zu und über den Ausgängen bis ins Freie führend deutlich erkennbar und dauerhaft angebracht sein.
- Die Rettungswegzeichen müssen ES ISO 7010 entsprechen (wie z.B. nebenstehend)



Die Kennzeichnung der Rettungswege muss nach VDE 0108 erfolgen und hierfür sind die Anforderungen der MLAR 2016 zu erfüllen.

Hinweis:

Die grünen Pfeile in den Brandschutzplänen haben keine Aussagekraft bezüglich Anzahl und Ort der erforderlichen Schilder. Diese ist vor Ort in Abhängigkeit von der Einrichtung und der Erkennungsweite festzulegen.

7.6 ORGANISTORISCHER BRANDSCHUTZ

a) Flucht- und Rettungspläne

Für das gesamte Gebäude sind Flucht- und Rettungspläne anzufertigen und in den Bereichen mit Besucherverkehr auszuhängen.

In den Fluchtplänen sind immer die zwei baulichen Rettungswege der Gebäudebereiche zu kennzeichnen und nicht wie üblich nur der 1. Rettungsweg, um den Personen auch bei nicht passierbarem 1. Rettungsweg eine schnelle Orientierung zu ermöglichen.

In den Plänen sind die Rettungswege, die für die Brandbekämpfung freizuhaltenen Flächen, die Brandmelde- und Feuerlöscheinrichtungen, die Löschwasserversorgung und die Bedienungseinrichtungen der technischen Anlagen einzutragen.

b) Feuerwehrpläne

Das Objekt macht es notwendig Feuerwehrpläne nach DIN 14095 in Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Feuerwehr zu erstellen.

Ein Satz der Pläne ist der örtlichen Feuerwehr zu überlassen.

c) Brandschutzordnung

Für das Verhalten im Brandfall und für Selbsthilfemaßnahmen ist eine Brandschutzordnung, unter Hinweis auf DIN 14096 Teil A – B, aufzustellen, die folgenden Angaben enthalten muss:

- Verhalten im Brandfall
- Ruhe bewahren

- Brand melden
- In Sicherheit bringen
- Anweisungen beachten
- Löschversuche unternehmen
- Brände verhüten
- Rettungswege freihalten
- Besondere Verhaltensregeln

Einzelheiten zur Ausführung der Brandschutzordnung sind mit der zuständigen Brandschutzdienststelle der Feuerwehr abzustimmen.

Das Betriebspersonal ist bei Beginn des Arbeitsverhältnisses und mindestens einmal jährlich über die Brandschutzordnung, die Lage und die Bedienung der Feuerlöschgeräte, Brandmelde- und Feuerlöscheinrichtungen und über das Verhalten bei einem Brand oder bei Panik zu belehren. Mindestens einmal im Jahr ist eine Alarmprobe durchzuführen. Die Betriebsangehörigen bzw. ständige Benutzer sind durch Aushänge und Merkblätter über die Sicherheitseinrichtungen des Gebäudes und das richtige Verhalten im Brandfall zu unterrichten.

Bei Dachdeckerarbeiten ist generell eine Brandwache einzusetzen!

d) Brandschutz während der Bauzeit

Die für die Baumaßnahme verantwortlichen Fachbauleiter haben den Brandschutz auf der Baustelle sicherzustellen.

e) sonstige Hinweise

*Zitatauszug: §5 VstättV, da dieser wichtige Festlegungen enthält
§ 5 Dämmstoffe, Unterdecken, Bekleidungen, Bodenbeläge und Sitze*

(1) Dämmstoffe müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

(2) ¹Bekleidungen an Wänden in Versammlungsräumen müssen aus mindestens schwerentflammenden Baustoffen bestehen. ²In Versammlungsräumen mit nicht mehr als 1 000 m² Grundfläche genügen geschlossene, nicht hinterlüftete Holzbekleidungen.

(3) ¹Unterdecken und Bekleidungen an Decken in Versammlungsräumen müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen. ²In Versammlungsräumen mit nicht mehr als 1 000 m² Grundfläche genügen Bekleidungen aus mindestens schwerentflammenden Baustoffen oder geschlossene, nicht hinterlüftete Holzbekleidungen.

(4) In Foyers, durch die Rettungswege aus anderen Versammlungsräumen führen, in notwendigen Treppenräumen, Räumen zwischen notwendigen Treppenräumen und Ausgängen ins Freie sowie notwendigen Fluren müssen Unterdecken und Bekleidungen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

(5) Unterdecken und Bekleidungen, die mindestens schwerentflammbar sein müssen, dürfen nicht brennend abtropfen.

(6) ¹Unterkonstruktionen, Halterungen und Befestigungen von Unterdecken und Bekleidungen nach den Abs. 2 bis 4 müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen; dies gilt nicht für Versammlungsräume mit nicht mehr als 100 m² Grundfläche. ²In den Hohlräumen hinter Unterdecken und Bekleidungen aus brennbaren Baustoffen dürfen Kabel und Leitungen nur in Installationsschächten oder Installationskanälen aus nichtbrennbaren Baustoffen verlegt werden.

8 AUFZÜGE

Aufzüge müssen Art. 37 BayBO und den für sie geltenden Aufzugsrichtlinien in allen Abschnitten entsprechen.

AUFZUG IN DER HALLE

In der Halle ist eine Aufzugsanlage der Halle vorgesehen. Diese Aufzüge sind gemäß Art. 37 Abs. 1 Satz 3 BayBO ohne eigene Fahrschachtwände zulässig.

Demzufolge werden an die Schachtwände und Türen dieser Aufzüge grundsätzlich keine brandschutztechnischen Anforderungen gestellt

Der Fahrschacht muß jedoch zu lüften und mit Rauchabzugsvorrichtungen versehen sein. Die Rauchabzugsöffnung muss eine Größe von mindestens 2,5 % der Grundfläche des Fahrschachtes, mindestens jedoch von 0,10 m² (ca. 0,35m x 0,35m) haben.

Diese Öffnung kann hier in die Halle hinein ausgeführt werden. Der weitere Rauchabzug erfolgt dann über den Rauchabzug im Raum.

Unbedingt zu beachten ist jedoch folgendes:

Je Geschoß sind im jeweiligen Wartebereich des Aufzuges, und im Aufzug selbst, Schilder nach *ASR A1.3* bzw. *ISO 7010* deutlich sichtbar, und am besten im Blickfeld der Anforderungstasten, anzubringen, dass die Aufzüge im Brandfall nicht benutzt werden dürfen.



Der Aufzüge wird mit einer statischen
Brandfallsteuerung ausgestattet.

9 LAGERRÄUME, AUFBEWAHRUNG FESTER ABFALLSTOFFE UND SONSTIGE HAUSTECHNISCHE ANLAGEN

9.1 LAGERRÄUME, MÜLL- UND ABFALLRÄUME

Solche und vergleichbare Räume sind allseitig gegen angrenzende Räume und Bereiche, insbesondere auch gegen Rettungswege feuerwiderstandsfähig abzutrennen.

Verbindungsstüren in diesen Wänden sind selbstschließend, rauchdicht und mindestens feuerhemmend (T30-RS, bzw. T30 z.T. im Bestand) auszuführen.

Sämtliche Technikräume, Lagerräume mit erhöhter Brandgefahr, Müllräume und vergleichbare Nutzungen sind von dieser Regelung betroffen.

9.2 HEIZRAUM

Das Objekt wird mit einem Gaskessel und einem BKHW beheizt.

Der "Heizraum" befindet sich im Untergeschoss.

Das Heizmedium, bzw. der Wärmeträger ist Wasser. Die Anforderungen der *FeuV* sind zu beachten.

10 LEITUNGSANLAGEN, INSTALLATIONSSCHÄCHTE UND –KANÄLE UND LÜFTUNGSANLAGEN

10.1 INSTALLATIONSSCHÄCHTE UND –KANÄLE

Installationsschächte und –kanäle sind so herzustellen, dass Feuer und Rauch nicht in Treppenträume, andere Brandabschnitte oder andere Geschosse übertragen werden können.

Dieses Schutzziel wird eingehalten, wenn eine Sicherung gemäß *LAR* erfolgt. Allerdings enthalten die *BayBO* und *LAR* keine besonderen Anforderungen für die Ausführung von Installationsschächten und –kanälen, die bestimmte raumabschließende, feuerbeständige und feuerhemmende Wände (z.B. Flurtrennwände) überbrücken. Es ist empfehlenswert, alle Durchführungen in der gleichen Feuerwiderstandsdauer wie die Wand bzw. Decke, durch die sie führen, zu sichern.

Bei der Herstellung der Schächte und Kanäle ist darauf zu achten, die Weiterleitung von Schall in fremde Räume zu dämmen.

Installationsschächte und -kanäle dürfen nur der Aufnahme von Leitungsanlagen aller Art, außer von Lüftungsleitungen dienen. Lüftungsleitungen sind in eigenen Schächten zu führen; diese dürfen nur weitere Leitungsanlagen mitführen, wenn diese dem Betrieb der Lüftungsanlagen dienen; weitere Versorgungsleitungen, incl. ihrer Isolierungen, müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

10.2 LÜFTUNGSANLAGEN

Lüftungsanlagen sind entsprechend den *Richtlinien über die brandschutztechnischen Anforderungen an Lüftungsanlagen (MLüAR 09/2005, zuletzt geändert am 03.09.2020)* zu erstellen und zu betreiben.

Lüftungsanlagen sind so herzustellen, dass Feuer und Rauch nicht in andere Geschosse, Brandabschnitte, Treppenträume oder allgemein zugängliche Flure als Rettungswege übertragen werden können.

Bei Durchführung von Lüftungsleitungen durch feuerbeständige Trennwände, sind diese mit Brandschutzklappen der Feuerwiderstandsklasse K 90 abzuschotten. Bei Querung von Lüftungsleitungen im Bereich von Rettungswegen ist ebenfalls eine Ausführung der Lüftungsleitung in L 90 möglich.

Der Nachweis der geforderten Feuerwiderstandsklasse für die Brandschutzklappen ist durch ein Prüfzeichen des Instituts für Bautechnik zu führen. Die Brandschutzklappen sind nach den „besonderen Bestimmungen“ des Prüfbescheides einzubauen. Der lichte Abstand zwischen nebeneinander liegenden Brandschutzklappen muss in der Wand- oder Deckenebene mindestens 15 cm betragen, sofern die „besonderen Bestimmungen“ des Prüfbescheides nichts anderes bestimmen. Die Brandschutzklappen sind so einzubauen, dass die Schließvorrichtung von Hand betätigt werden kann und eine Wartung im eingebauten Zustand möglich ist. Die Brandschutzklappen sind entsprechend der Wartungsanweisung regelmäßig zu warten. Werden Brandschutzklappen durch andere Bauteile verdeckt, sind die Einbauorte auffallend und dauerhaft zu kennzeichnen.

Die genaue Lage der Brandschutzklappen bzw. die Lüftungsleitungen mit einer Feuerwiderstandsdauer sind in den Zeichnungen darzustellen.

Eine Abstimmung mit der für den Brandschutz der Lüftungsanlage zuständigen Stelle ist empfehlenswert.

11 BRANDSCHUTZEINRICHTUNGEN

11.1 ELEKTRISCHE ANLAGEN ALLGEMEIN

Die elektrischen Anlagen sind unter Beachtung der VDE-Vorschriften VDE 0100 Bestimmungen für Starkstromanlagen mit Nennspannungen bis 1000 Volt VDE 0105 Bestimmungen für den Betrieb von Starkstromanlagen VDE 0100-718 bzw. DIN EN 50172 i. V. mit DIN EN 1838 Sicherheitsbeleuchtung, Sicherheitsstromversorgung zu errichten und zu betreiben bzw. zu warten. Von der Fachfirma ist der Nachweis zu erbringen, dass die elektrischen Anlagen den einschlägigen VDE-Vorschriften entsprechen (*Sachkundigenbescheinigung*).

Der Hauptschalter für die elektrischen Anlagen muss an einer leicht zugänglichen und sicheren Stelle angebracht werden sowie deutlich und dauerhaft gekennzeichnet werden.

Die Anforderungen der MLAR 2016 sind zu beachten und umzusetzen.

11.2 SICHERHEITS- UND ERSATZSTROMVERSORGUNG

Das gesamte Gebäude muss Batterieanlagen haben, die sich bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung selbsttätig einschalten. (siehe VDE 0100 -718 bzw. DIN EN 50172).

An die Anlage sind alle elektrisch betätigten, notwendigen Sicherheitsanlagen und Einrichtungen anzuschließen.

Anlagen und Einrichtungen dieser Art sind insbesondere:

- a. Feuerschutzabschlüsse, soweit elektrisch betrieben und nicht über die Brandmeldeanlage angesteuert;
- b. Sicherheitsbeleuchtung
- c. Kennzeichen der Rettungswege
- d. Gefahrenmeldeanlagen (z.B. Brandmelde-und Alarmanlagen);
- e. Beleuchtung der Außenbereiche der Rettungswege bis zu den

Batterien müssen für einen mindestens dreistündigen Betrieb aller angeschlossenen Leuchten bemessen sein.

Anlagen, die eine unterbrechungslose Stromversorgung erfordern, wie Gefahrenmelde- und Warnanlagen, werden durch geeignete Maßnahmen gesichert sein (LAR 2016).

Die an die Ersatzstromquellen angeschlossenen eigenen Leitungsnetze für die Stromversorgung werden mindestens bis zur Geschossweisen Unterverteilung so beschaffen und geschützt sein, dass sie bei einem Brand ihre Funktionsfähigkeit für mindestens 30 bzw. 90 Minuten behalten (*siehe vor*).

Die Richtlinien über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen 2016 werden hierbei beachtet und umgesetzt.

FUNKTIONSERHALT VON LEITUNGEN NOTWENDIGER SICHERHEITSEINRICHTUNGEN

Die Betriebssicherheit notwendiger Sicherheitseinrichtungen ist durch die Dauer des Funktionserhaltes nach MLAR sicherzustellen, sie muss mindestens betragen:

30 Minuten

bei Brandmeldeanlagen, (Entfall: bei Ringbus-System) bei
bei Anlagen zur Alarmierung

Ausnahme: Endstromkreise im Brandabschnitt
(Entfall: bei Ringbus-System)

Aufzugsanlagen,
bei der Sicherheitsbeleuchtung, einschl. hinterleuchtete
Rettungswegkennzeichnung

Die Aufzugsanlage muss mit einem System ausgerüstet werden, das sicherstellt, dass der Aufzug bei Stromausfall das nächste in Fahrtrichtung unten gelegene Geschoss anfährt und hier mit geöffneten Türen ausgeht.

11.3 BRANDMELDE- UND ALARMIERUNGSANLAGE

Im gesamten Gebäude ist eine Brandmeldeanlage zu installieren mit direkter Anschaltung zur integrierten Leitstelle.

- nichtautomatische Brandmelder (Druckknopfmelder) werden an allen notwendigen Ausgängen ins Freie oder zu den Treppen eingebaut,
- automatische Brandmelder (Rauchmelder bzw. intelligente Rauchmelder) werden flächendeckend im gesamten Gebäude installiert.

Die Brandmeldeanlage ist nach DIN 14675 Brandmeldeanlagen, Aufbau - und nach VDE 0833 - Gefahrenmeldeanlagen für Brand, Einbruch und Überfall - zu planen, installieren und überwachen.

Zusätzlich müssen die technischen Anschlussbedingungen für die Aufschaltung von privaten Brandmeldeanlagen auf die Brandmeldeempfangseinrichtung der Feuerwehr beachtet und umgesetzt werden.

Art, Anzahl und Anbringungsorte der Brandmelder und die Lage der Brandmeldezentrale müssen in besonderen Grundrissplänen mit Aufteilung in Übertragungswege je Meldergruppe (Laufpläne für die Feuerwehr) dargestellt werden.

Für die Einsatzkräfte der Feuerwehr ist im Alarmfall jederzeit ein gewaltloser Zutritt zu der Brandmeldeanlage bzw. in das geschützte Objekt zu ermöglichen.

Hierzu ist in der Außenwand am Zugangsbereich zur Brandmeldezentrale ein Feuerwehrschränke (FSD), ein Freischalteelement (FSE) und eine Blitzleuchte (Farbe nach Vorgabe der Feuerwehr) einzubauen.

Da es sich hierbei um Einrichtungen handelt, die explizit den abwehrenden Brandschutz betreffen, muss die Anlage nach Planung durch einen Fachplaner durch diesen mit der Feuerwehr abgestimmt werden.

Die Anforderungen der LAR 2016 müssen beachtet und umgesetzt werden.

Die Alarmierungseinrichtung muss nach VDE 0833 Teil 1 – Gefahrenmeldeanlagen für Brand, Einbruch und Überfall; allgemeine Festlegungen - geplant, installiert und überwacht werden.

Die Alarmierungseinrichtung muss elektrisch betrieben werden und an eine Ersatzstromquelle angeschlossen sein.

Die Alarmierungseinrichtung muss bei Auslösen der automatischen BMA sowie der Druckknopfmelder selbsttätig in Funktion treten.

Das Signal muss in der Brandschutzordnung beschrieben werden.

Eine Alarmierung mittels Signalton ist ausreichend, da der Versammlungsraum eine Größe von weniger als 1.000 m² besitzt und die Alarmierung daher auf Grundlage des § 20 VStättV nicht erforderlich ist.

11.4 SICHERHEITSBELEUCHTUNG

Es ist eine Sicherheitsbeleuchtung einzubauen, so dass sich die Nutzer auch bei vollständigem Versagen der allgemeinen Beleuchtung bis ins Freie, bzw. zur öffentlichen Verkehrsfläche zurechtfinden können.

Diese Anlage ist nach VDE 0100-718 i.V. mit DIN EN 50172 und EN 1838 auszuführen.

Die Anforderungen des § 15 (2) Ziffern 1-8 VStättV sind in Bezug auf die Sicherheitsbeleuchtung zu beachten und umzusetzen.

11.5 BLITZSCHUTZANLAGE

Gemäß BayBO Art. 44 sind bauliche Anlagen, bei denen nach Lage, Bauart oder Nutzung Blitzschlag leicht eintreten kann oder zu schweren Schäden führen kann, sind mit einem dauernd wirksamen Blitzschutz zu versehen.

Das Gebäude ist mit einer Blitzschutzanlage nach VDE 0185-305 i. V. mit DIN EN 62305 zu versehen.

11.6 RAUCHABZUG

MITTAGSBETREUUNG / UMKLEIDEN / LAGERBEREICHE

Die für den Brandfall notwendigen Entrauchungsöffnungen, sind über die Außenwandfenster und Türen, sowie über evtl. Lüftungsflügel gegeben. Wird eine Vollklimatisierung von Bereichen oder Räumen eingeplant oder ergeben sich innenliegende Räume, muß ein ausreichender Rauchabzug sichergestellt werden.

KELLERRÄUME

Durch die Erweiterungen sind für die Entrauchung keine Fensteröffnungen mit Lichtschachtanbindung mehr vorhanden.

Abw.8 - Abweichend von *Art. 35 (3) BayBO* wird beantragt das Kellergeschoss ohne Öffnung zur Rauchableitung auszuführen, da

- das Kellergeschoss in einer offenen Verbindung zum Erdgeschoss steht.
- das Kellergeschoss durch feuerbeständige Trennwände in Abschnitte von weniger als 50m² unterteilt ist.
- Das gesamte Gebäude mit einer flächendeckenden Brandmeldeanlage ausgestattet ist und diese Anlage auf die Integrierte Leitstelle aufgeschaltet ist.

Es handelt sich hierbei um eine Abweichung im Sinne von *Art. 63, BayBO*, die einer Zustimmung durch die Bauaufsicht bzw. durch den „*Prüfsachverständigen für Brandschutz*“ bedarf.

MEHRZWECKHALLE

Versammlungsräume müssen Rauchableitungsöffnungen mit einer freien Öffnungsfläche von insgesamt 1 v. H. der Grundfläche, Fenster mit einer freien Öffnungsfläche von insgesamt 2 v. H. der Grundfläche oder maschinelle Rauchabzugsanlagen mit einem Luftvolumenstrom von $36 \text{ m}^3 / \text{h}$ je Quadratmeter Grundfläche haben. Fenster, die auch der Rauchableitung dienen, müssen im oberen Drittel der Außenwand angeordnet werden.

Folgender Gesamtansatz:

Zur Halle wird die gesamte Fläche des erdgeschossigen Hallenbereiches inkl. der nicht abgetrennten Nebenbereiche im Erd- und Obergeschoss angerechnet.

GESAMT = $1856 \text{ m}^2 \text{ GF}$

Rauchableitungsöffnungen:

- 1% der GF der Halle im Dach
 $1856 \text{ m}^2 \text{ GF} \Rightarrow \text{min. } 18,56 \text{ m}^2 \text{ Rauchableitungsöffnungen}$

Zuluftflächen:

- Zuluftflächen in gleicher Größe sind in der Aussenwand durch die vier Doppelflügeltüren auf der Nord-Westseite vorhanden

Ggf. eingeplante Verdunkelungen im Bereich der Aussenwände müssen bei manueller Betätigung öffnen.

Technikbereiche im Dachgeschoss

Rauchableitungsöffnungen:

- 1% der GF der Halle im Dach
 $330 \text{ m}^2 \text{ GF} \Rightarrow \text{min. } 3,30 \text{ m}^2 \text{ Rauchableitungsöffnungen}$
 $230 \text{ m}^2 \text{ GF} \Rightarrow \text{min. } 2,30 \text{ m}^2 \text{ Rauchableitungsöffnungen}$

Die Zuluft erfolgt über den Zugang aus der Halle

Die Öffnungen und die Zuluftflächen müssen bei manueller Betätigung öffnen.

Die Anordnung und die Farbe der Auslösestellen hat in Abstimmung mit der Kreisbrandinspektion zu erfolgen.

TREPPENRÄUME siehe Nachweisabschnitt 7.3

11.7 PRÜFUNGEN

Nach der Verordnung über Prüfungen von sicherheitstechnischen Anlagen und Einrichtungen (*Sicherheitsanlagen-Prüfverordnung – SprüfV gültige Fassung 29.11.2007*) sind folgende im Objekt installierte Anlagen zu überprüfen

§2 SPrüfV:

(1) Durch verantwortliche Sachverständige für die Prüfung sicherheitstechnischer Anlagen und Einrichtungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 der Verordnung über die verantwortlichen Sachverständigen im Bauwesen (SachverständigenverordnungBau - SVBau) müssen auf ihre Wirksamkeit und Betriebssicherheit geprüft und bescheinigt werden:

- 1. Lüftungsanlagen,*
- 2. CO-Warnanlagen,*
- 3. Rauchabzugsanlagen sowie maschinelle Anlagen zur Rauchfreihaltung von Rettungswegen,*
- 4. selbsttätige Feuerlöschanlagen, wie Sprinkleranlagen, Sprühwasser-Löschanlagen und Wassernebel-Löschanlagen, nichtselbsttätige Feuerlöschanlagen mit nassen Steigleitungen*
- 5. und Druckerhöhungsanlagen einschließlich des Anschlusses an die Wasserversorgungsanlage,*
- 6. Brandmelde- und Alarmierungsanlagen,*
- 7. Sicherheitsstromversorgungen.*

(2) Die Prüfungen nach Absatz 1 sind vor der ersten Inbetriebnahme der baulichen Anlagen, unverzüglich nach einer wesentlichen Änderung der baulichen Anlage oder der sicherheitstechnischen Anlagen und Einrichtungen sowie jeweils innerhalb einer Frist von drei Jahren (wiederkehrende Prüfungen) durchführen zu lassen.

(3) 1Abweichend von Absatz 1 können die wiederkehrenden Prüfungen im Sinn von Absatz 2 von sicherheitstechnischen Anlagen und Einrichtungen nach Absatz 1 Nummern 5 bis 7 auch von sachkundigen Personen durchgeführt werden, die hierüber eine Bestätigung auszustellen haben. 2Sachkundige Personen sind

- 1. Ingenieure der entsprechenden Fachrichtungen mit mindestens fünfjähriger Berufserfahrung,*
Personen mit abgeschlossener handwerklicher Ausbildung oder
- 2. mit gleichwertiger Ausbildung und mindestens fünfjähriger Berufserfahrung in der Fachrichtung, in der sie tätig werden.*

(4) 1Die Wirksamkeit und Betriebssicherheit sonstiger sicherheitstechnisch wichtiger Anlagen und Einrichtungen, an die bauordnungsrechtliche Anforderungen gestellt werden, insbesondere Feuerschutzabschlüsse, automatische Schiebetüren in Rettungswegen, Türen mit elektrischen Verriegelungen in Rettungswegen, Schutzvorhänge, Blitzschutzanlagen, Brandschutzklappen in Lüftungsanlagen und tragbare Feuerlöscher, sind vor der ersten Inbetriebnahme und wiederkehrend durch Sachkundige im Sinn des Absatzes 3 Satz 2 zu prüfen und zu bestätigen. 2Dabei sind die Verwendbarkeitsnachweise zu berücksichtigen; weitergehende Anforderungen in diesen Verwendbarkeitsnachweisen bleiben unberührt.

(5) Der Bauherr oder der Betreiber hat die Prüfungen nach den Absätzen 1 und 4 zu veranlassen, dafür die nötigen Vorrichtungen und fachlich geeigneten Arbeitskräfte bereitzustellen und die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten.

(6) Bei der Prüfung festgestellte Mängel sind unverzüglich zu beseitigen oder beseitigen zu lassen.

(7) Der Bauherr oder der Betreiber hat die Bescheinigungen nach Absatz 1 und die Bestätigungen nach den Absätzen 3 und 4 mindestens fünf Jahre aufzubewahren und der Bauaufsichtsbehörde auf Verlangen vorzulegen.

Die wiederkehrenden Prüfungen können nach SPrüfV § 2 (3) auch von Sachkundigen durchgeführt werden, soweit diese die in § 2 SPrüfV festgelegten Anforderungen erfüllen.

Hinweise:

In den Prüfbescheinigungen der Sachkundigen dürfen keine Pauschalaussagen enthalten sein, aus den Bescheinigungen muss hervorgehen, an welcher Stelle, welche Türe, oder welches Tor, mit welcher Zulassung eingebaut wurde, diese gilt sinngemäß auch für Brandschutzklappen im Verlauf von Lüftungsleitungen und Brandabschottungsmaßnahmen im Bereich von qualifizierten Wänden und Decken oder andere prüfpflichtige Einrichtungen.

Der Begriff "Sachkundiger" darf nicht mit *Sachverständiger verwechselt* werden.

Der Sachkundige / die befähigte Person

Definition der berufsgenossenschaftlichen Vorschriften:

Sachkundige sind Personen, die aufgrund ihrer fachlichen Ausbildung und Erfahrung ausreichend Kenntnisse auf dem Gebiet der Erdbaumaschinen, Krane, elektrischen Anlagen, Gabelstapler usw. vorweisen können und mit den einschlägigen Arbeitsschutzvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien und allgemein anerkannten Regeln der Technik (DIN, ISO, VDE-Bestimmungen usw.) vertraut sind, so dass sie den arbeitssicheren Zustand von Baumaschinen beurteilen können.

Definition der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV):

Als befähigte Person im Sinne dieser Verordnung ist eine Person zu verstehen, die durch ihre Berufsausbildung, ihre Berufserfahrung und ihre zeitnahe berufliche Tätigkeit über die erforderlichen Fachkenntnisse zur Prüfung der Arbeitsmittel verfügt.

Der Begriff der befähigten Person ersetzt damit die bisher geläufigen Begriffe Sachkundiger, Fachkundiger und Sachverständiger (letzterer bis 2007). Wer im Einzelfall eine befähigte Person ist, muss durch den Arbeitgeber festgelegt werden.

Hier ist eine Hilfestellung im Rahmen einer technischen Regel Betriebssicherheit zu erwarten, die nähere Maßgaben vorsieht. Es gilt sicherlich wer bisher geprüft hat, kann auch weiterhin prüfen!

Zur Erleichterung der Erstellung der Sachkundigenbescheinigungen nach SPrüfV werden die Art und der Umfang der auszustellenden Prüfbescheinigungen, als Muster nach der SPrüfV beigelegt.

Durch diese Art der Nachweisführung soll, nach Rücksprache mit dem zuständigen Bauministerium, hier in Bayern, erreicht werden, dass die originäre Verantwortung der Fachrichter in den Vordergrund gestellt wird und die Prüfung dieser Unterlagen durch die Genehmigungsbehörden erleichtert wird;

Die Sachkundigenbescheinigungen nach SPrüfV sowie die Übereinstimmungserklärungen sind der Bauaufsicht für folgende Gewerke, vor Inbetriebnahme, zu übergeben:

- Qualifizierte Türen und Tore inkl. Festthalteeinrichtungen
- Brandabschottungen in qualifizierten Wänden und Decken
- tragbare Feuerlöscher
- elektrische Anlagen
- hinterleuchtete Rettungswegkennzeichen

Die Bescheinigungen müssen enthalten:

- Einbauort, genaue Lage und Anordnung, zur Erleichterung von wiederkehrenden Prüfungen.
- bauaufsichtliche Zulassung, mit Zulassungsnummer und Geltungsdauer der Zulassung, für die einzelnen Bauteile und Baugruppen, zur Erleichterung von wiederkehrenden Prüfungen
- Übereinstimmungserklärung, gemäß Zulassung

- Sondereinrichtungen an den Bauteilen und Baugruppen, wie z.B. bauaufsichtlich zugelassene Festhalteeinrichtungen
- Zuständiger Fachbauleiter.
- Kennzeichnung der Einrichtungen, nach den relevanten Zulassungen.
- Sachkundigenerklärung für alle mit der Einrichtung verbundenen zusätzlichen Schutzeinrichtungen, dass diese in der Gesamtheit regelkonform eingebaut und in der Gesamtheit "betriebssicher und wirksam" sind.

11.8 FEUERLÖSCHER

Es sind zur Erstbekämpfung eines Entstehungsbrandes als Mindestausstattung amtlich zugelassene Feuerlöscher in roter Farbe nach *DIN EN3* bereitzustellen.

Im informativen Anhang dieses Brandschutznachweises stehen weitere Angaben zu Feuerlöschern, die für das Bauvorhaben nützlich sein können, aber kein Gegenstand des Bauantrages sind und damit auch nicht Gegenstand der Genehmigung oder der Prüfbescheinigung zum Brandschutz.

ANORDNUNG DER FEUERLÖSCHER

Feuerlöscher müssen an gut sichtbaren und im Brandfall leicht zugänglichen Stellen angebracht sein. Die endgültige Lage der Löschgeräte muss vom Betreiber nach Kenntnis der Einrichtungen festgelegt werden.

Diese Stelle muss gut sichtbar mit dem nachleuchtenden Brandschutzzeichen „Feuerlöscher“ gekennzeichnet werden. (Bild).



11.9 WANDHYDRANTEN

Da die Versammlungsräume eine Größe von weniger als 1.000 m² besitzen sind Wandhydranten auf Grundlage des § 19 VStättV nicht erforderlich ist.

12 FLÄCHEN FÜR DIE FEUERWEHR

Anforderungen und Ausführung der Feuerwehrrzu- und – durchgänge bzw. Feuerwehrrzu- und -durchfahrten und Feuerwehrflächen gemäß den „*Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr*“ vom Februar 2007

Es sind keine Aufstell- und Bewegungsflächen für Hubrettungsgeräte auf dem Gelände erforderlich.
Die grundsätzliche Zugänglichkeit des Gebäudes ist dabei auch aus feuerwehrtechnischer Sicht über die Zufahrt vom öffentlichen Verkehrsweg *Kindergartenstrasse* gegeben.
Diese Wege erlauben, von diesen Flächen ausgehenden, einen zumindest zweiseitigen Feuerwehruzugriff mit Fahrzeugen, alle Bereiche des Bauwerkes sind fußläufig erschlossen.

Auch auf Baustellen muss im Ernstfall eine Personenrettung und Brandbekämpfung jederzeit möglich sein.

13 LÖSCHWASSERVERSORGUNG UND LÖSCHWASSERBEDARF

13.1 LÖSCHWASSERVERSORGUNG

Für das Objekt ist eine Löschwasserversorgung durch das lokale Wassernetz der Gemeinde Karlshuld gegeben.

Bei der hier zu beurteilenden Sanierung und Erweiterung des bestehenden Gebäudes ist von keiner Erhöhung des Löschwasserbedarfs gegenüber dem ursprünglichen Zustand auszugehen.

13.2 LÖSCHWASSERBEDARF

Der Löschwasserbedarf wird nach *DVGW W405* ermittelt.

Für Gebäude > 1 Vollgeschoss und Geschossflächenzahl 0,3 – 0,7 ergibt sich folgender Löschwasserbedarf, der über 2 Stunden zu gewährleisten ist:

Brandausbreitungsgefahr*: Klein	Löschwasserbedarf: 48 m³/h
Mittel	96 m³/h
Groß	96 m³/h
*Brandausbreitungsgefahren (Überwiegende Bauart):	
Klein: Feuerbeständige oder feuerhemmende Umfassungen, harte Bedachungen.	
Mittel: Umfassungen nicht feuerbeständig oder nicht feuerhemmend, harte Bedachungen, oder Umfassungen feuerbeständig oder nicht feuerhemmend, weiche Bedachungen.	
Groß: Umfassungen nicht feuerbeständig oder nicht feuerhemmend; weiche Bedachungen, Umfassungen aus Holzfachwerk (ausgemauert). Stark behinderte Zugänglichkeit, Häufung von Feuerbrücken usw.	

$96 \text{ m}^3/\text{h} \times 2 \text{ h} = 192 \text{ m}^3$ (Grundsatz)

Diese Löschwassermenge wird durch den öffentlichen Wasserversorger sichergestellt (Der Nachweis der Löschwasserversorgung liegt bei). Für die Sicherstellung der Löschwasserversorgung dürfen alle Entnahmestellen im Umkreis von 300m angerechnet werden. Die erste Entnahmestelle darf nicht weiter als 80 m – 120 m vom Gebäude entfernt sein. Es sind ausreichend Hydranten im näheren Umkreis vorhanden. Der erste Hydrant liegt direkt am Objekt.

13.3 LÖSCHWASSERRÜCKHALTUNG

Nach unseren Informationen werden keine wassergefährdenden Stoffe nach WHG in maßgebenden Mengen im Gebäude gelagert. Eine Löschwasserrückhaltung nach LÖRÜRI ist somit nicht erforderlich.

14 ZUSÄTZLICHE ANGABEN

14.1 BRANDSCHUTZPLANUNG

Dieser Brandschutznachweis ist nur gültig im Zusammenhang mit beiliegenden Brandschutzplan.

Nummer: 2511-BS1 vom 09.11.2025

15 ZUSAMMENSTELLUNG DER ERFORDERLICHEN ABWEICHUNGEN

Gemäß Art. 63 BayBO kann die Bauaufsichtsbehörde Abweichungen von bauaufsichtlichen Anforderungen zulassen, wenn die Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

Art. 63, Abs.1 BayBO:

(1) 1Die Bauaufsichtsbehörde kann Abweichungen von Anforderungen dieses Gesetzes und auf Grund dieses Gesetzes erlassener Vorschriften zulassen, wenn sie unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweiligen Anforderung und unter Würdigung der öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange mit den öffentlichen Belangen, insbesondere den Anforderungen des Art. 3 Abs. 1 vereinbar sind; Art. 3 Abs. 2 Satz 3 bleibt unberührt. 2Der Zulassung einer Abweichung bedarf es nicht, wenn bautechnische Nachweise durch einen Prüfsachverständigen bescheinigt werden.

Es wurden bei der Aufstellung dieses Nachweises die nachstehenden Abweichungen bei gleichzeitigem Antrag auf Zustimmung durch die Bauaufsichtsbehörde bzw. durch einen „Prüfsachverständigen“ festgestellt:

Abw.1

Abweichung von Art. 28(2) BayBO,
Brandabschnittslänge

Abw.2

Abweichung von §4(2) VStättV
Tragkonstruktion feuerhemmend

Abw.3

Abweichung von Art. 29(4) BayBO
Öffnungen in Decken

Abw.4

Abweichung von §4(3) VStättV
Trennwände ohne Anforderung

Abw.5

Abweichung von §19(5) VStättV
Verzicht auf Löschanlage

Abw.6

Abweichung von Art. 33(1) BayBO,
Treppe ohne Treppenraum

Abw.7

Abweichung von Art. 33(5) BayBO i.V. mit §5(1) VStättV,
Anwendung von brennbaren Baustoffen unter dem
Estrich

Abw.8 – Abschnitt 5.2

Abweichung von Art. 35(3) BayBO,
Kellergeschoss ohne Öffnung zur Rauchableitung

VORBEHALTE:

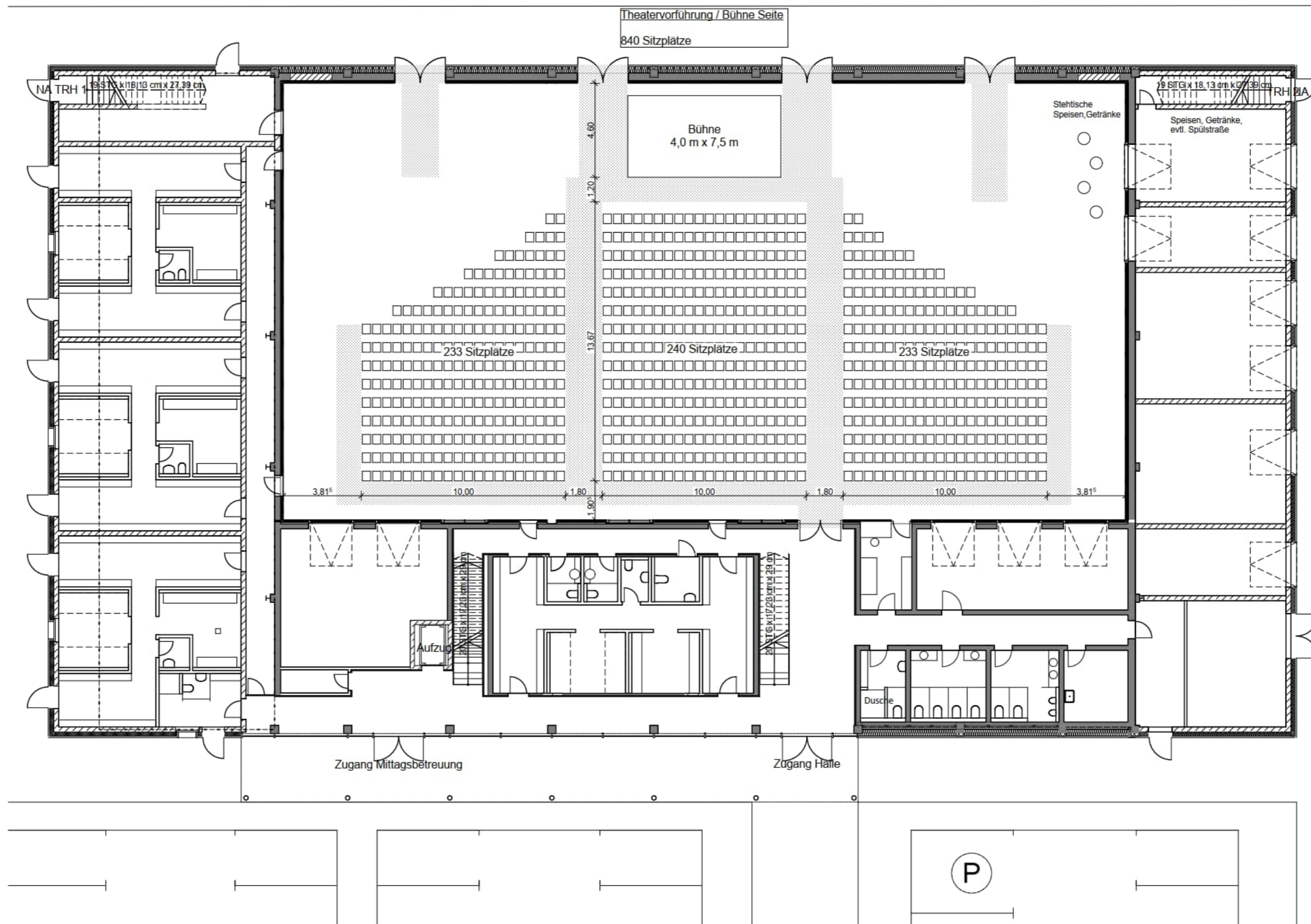
Die Vorschriften des Arbeitsschutzes und die Zuständigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes bleiben von den vorstehenden, Brandschutzaussagen unberührt.

Das Brandschutzkonzept wurde nach bestem Wissen und Gewissen, unter Zugrundelegung der anerkannten Regeln der Technik sowie der aufgeführten Literatur, ohne Ansehen der Person des Auftraggebers angefertigt.

Die Beurteilung des Vorhabens als Brandschutzkonzept ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für dieses Objekt genutzt werden; sie ist nicht auf vergleichbare Objekte übertragbar.

Es ist in jedem Fall eine Neubetrachtung und Beurteilung vorzunehmen.





SMK

Sanierung der Mehrzweckhalle und

Detailname

Bestuhlung Bühne Seite

Detail-Nr.

BB.3

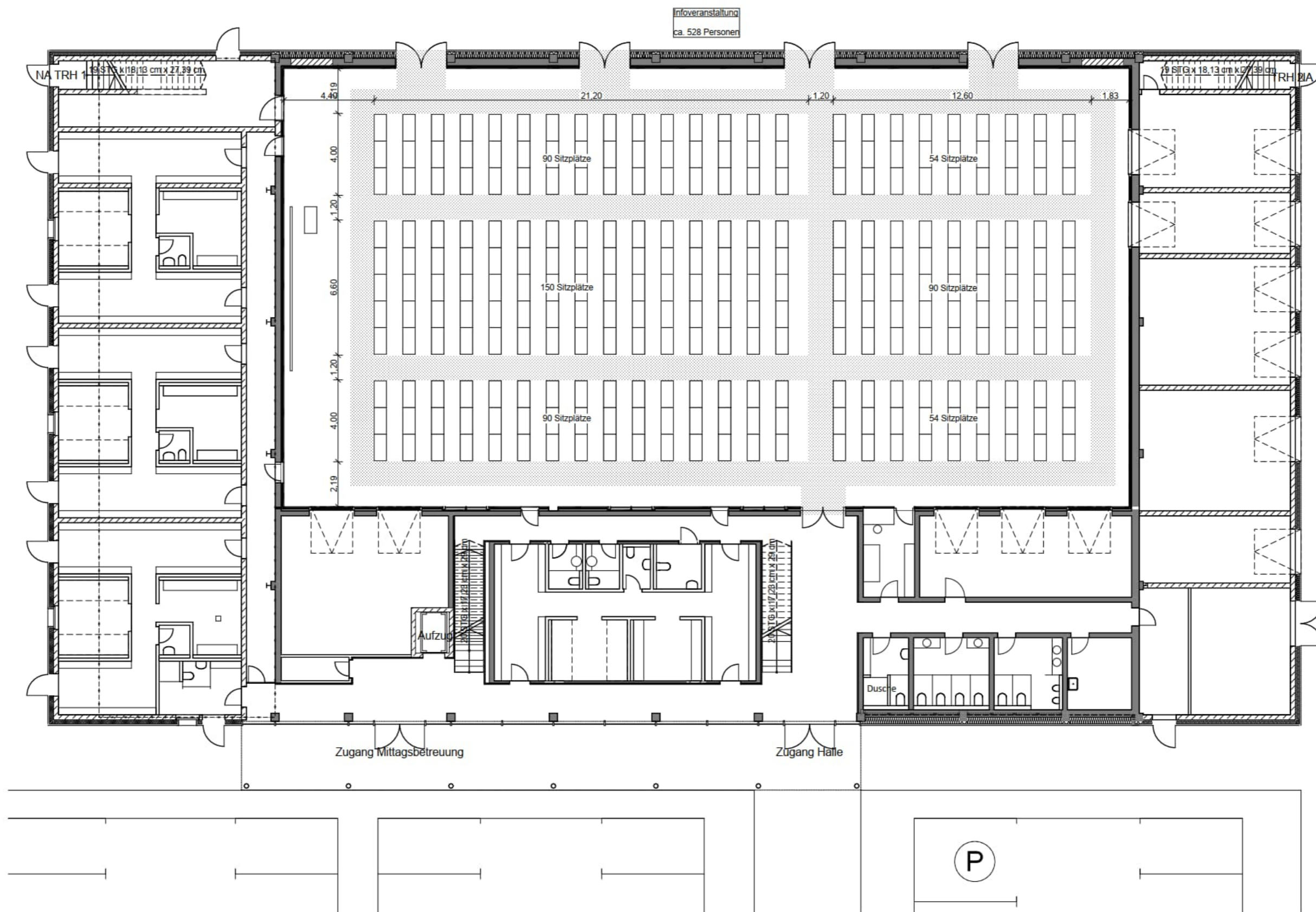
Maßstab

1:200

Blattformat A3

Gezeichnet

Datum 12.06.2025



SMK

Sanierung der Mehrzweckhalle und

Detailname

Bestuhlung Infoveranstaltung

Detail-Nr.

BB.8

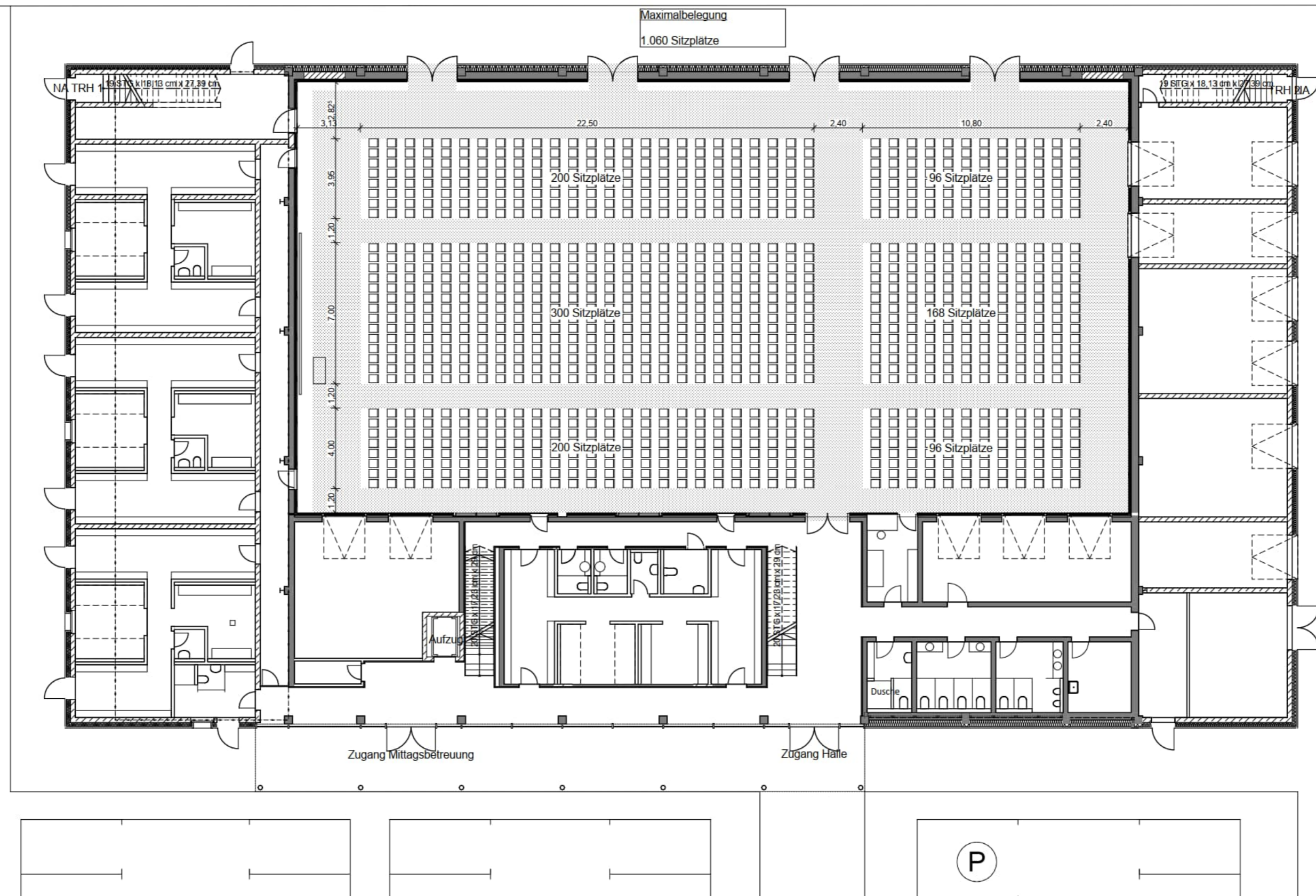
Maßstab

1:200

Blattformat A3

Gezeichnet

Datum 12.06.2025



SMK

Sanierung der Mehrzweckhalle und

Detailname

Bestuhlung maximal

Detail-Nr.

BB.1

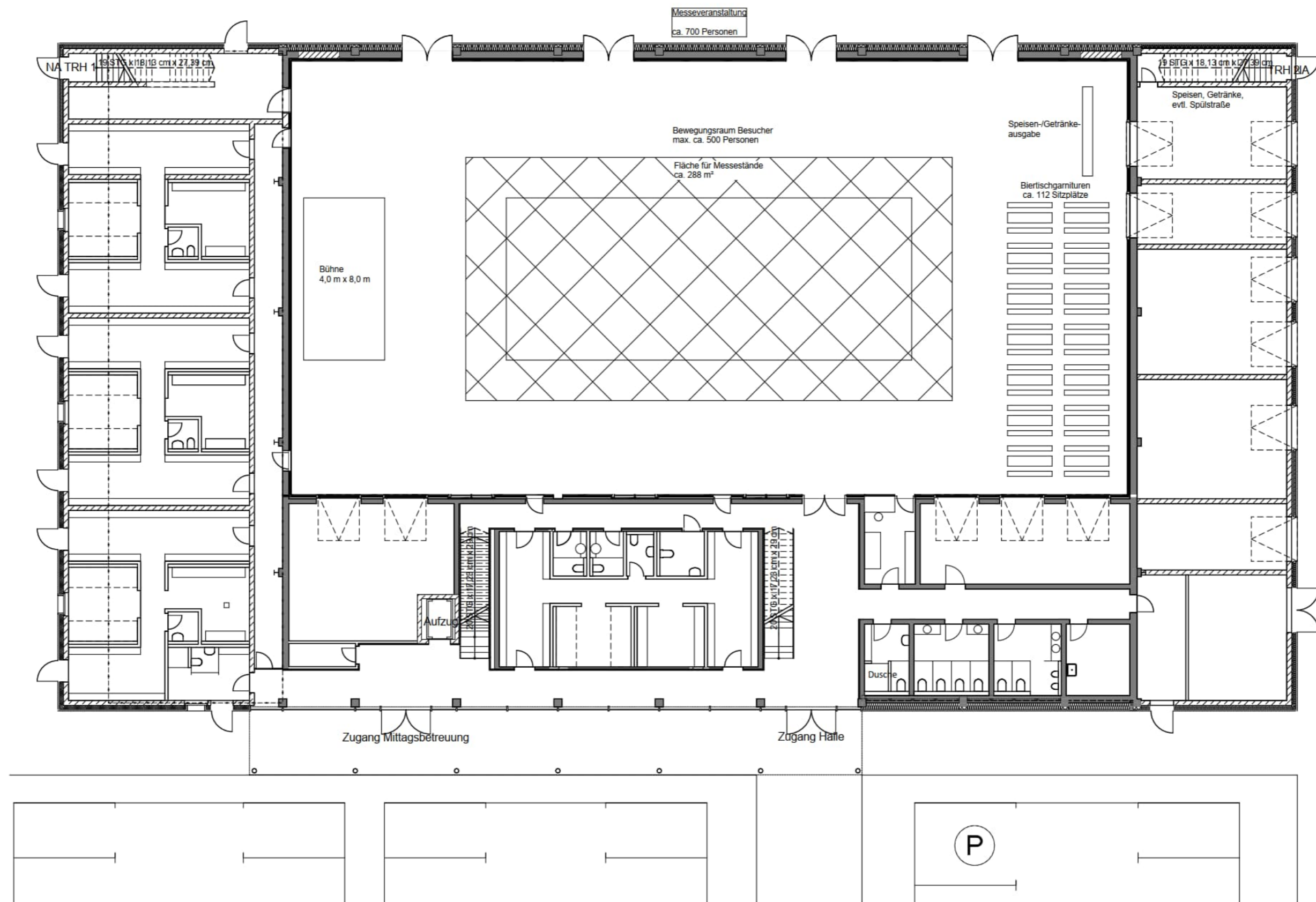
Maßstab

1:200

Blattformat A3

Gezeichnet

Datum 12.06.2025



SMK

Sanierung der Mehrzweckhalle und

Detailname

Bestuhlung Messe

Detail-Nr.

BB.7

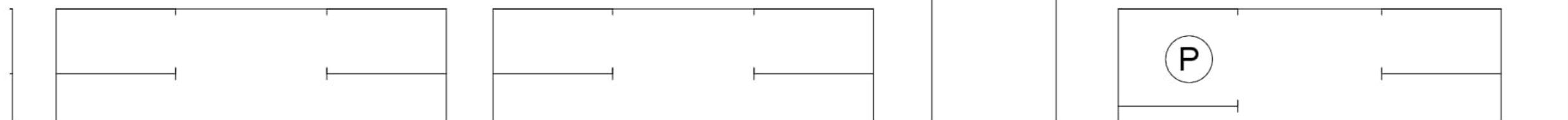
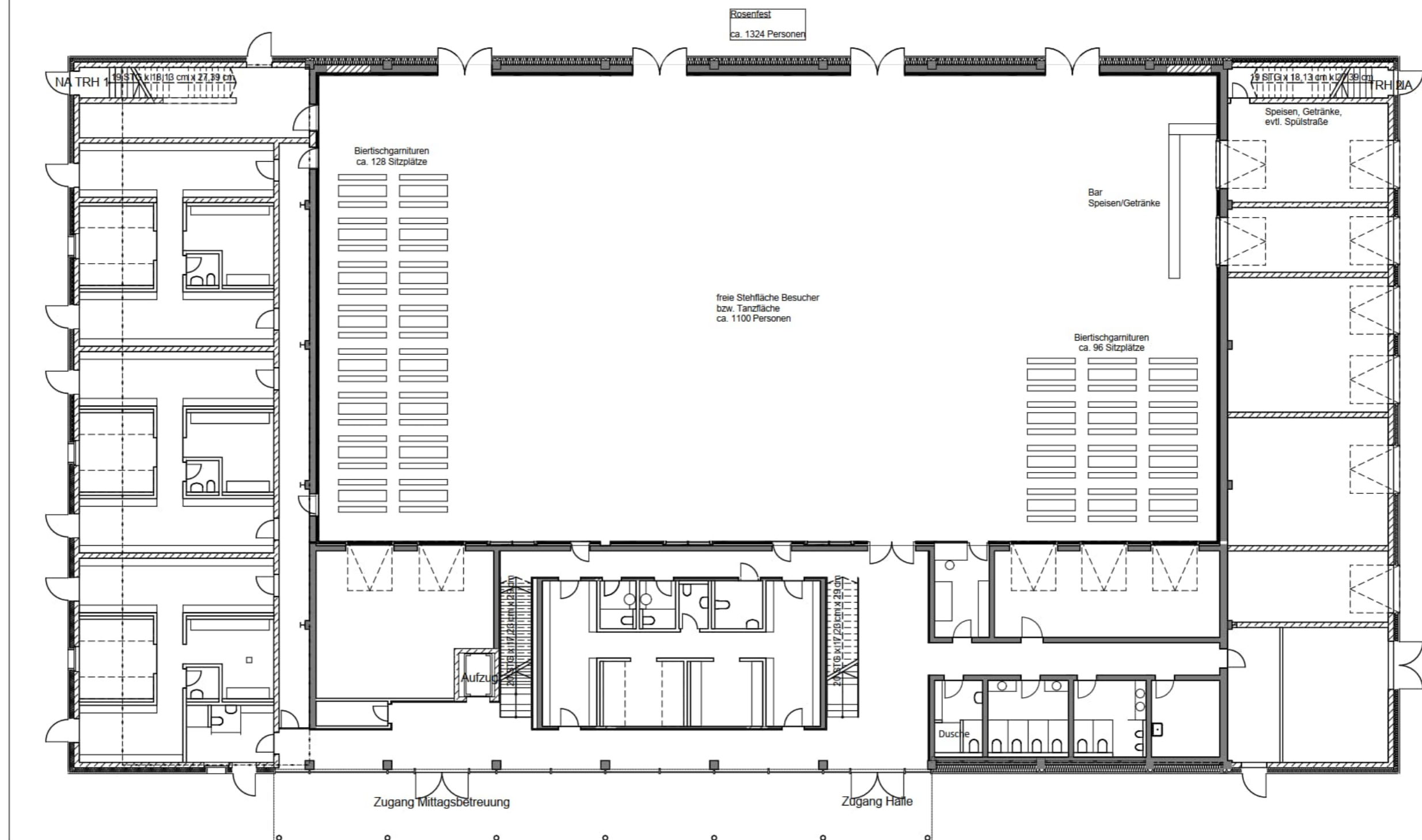
Maßstab

1:200

Blattformat A3

Gezeichnet

Datum 12.06.2025



SMK

Sanierung der Mehrzweckhalle und

Detailname

Bestuhlung Rosenfest

Detail-Nr.

BB.6

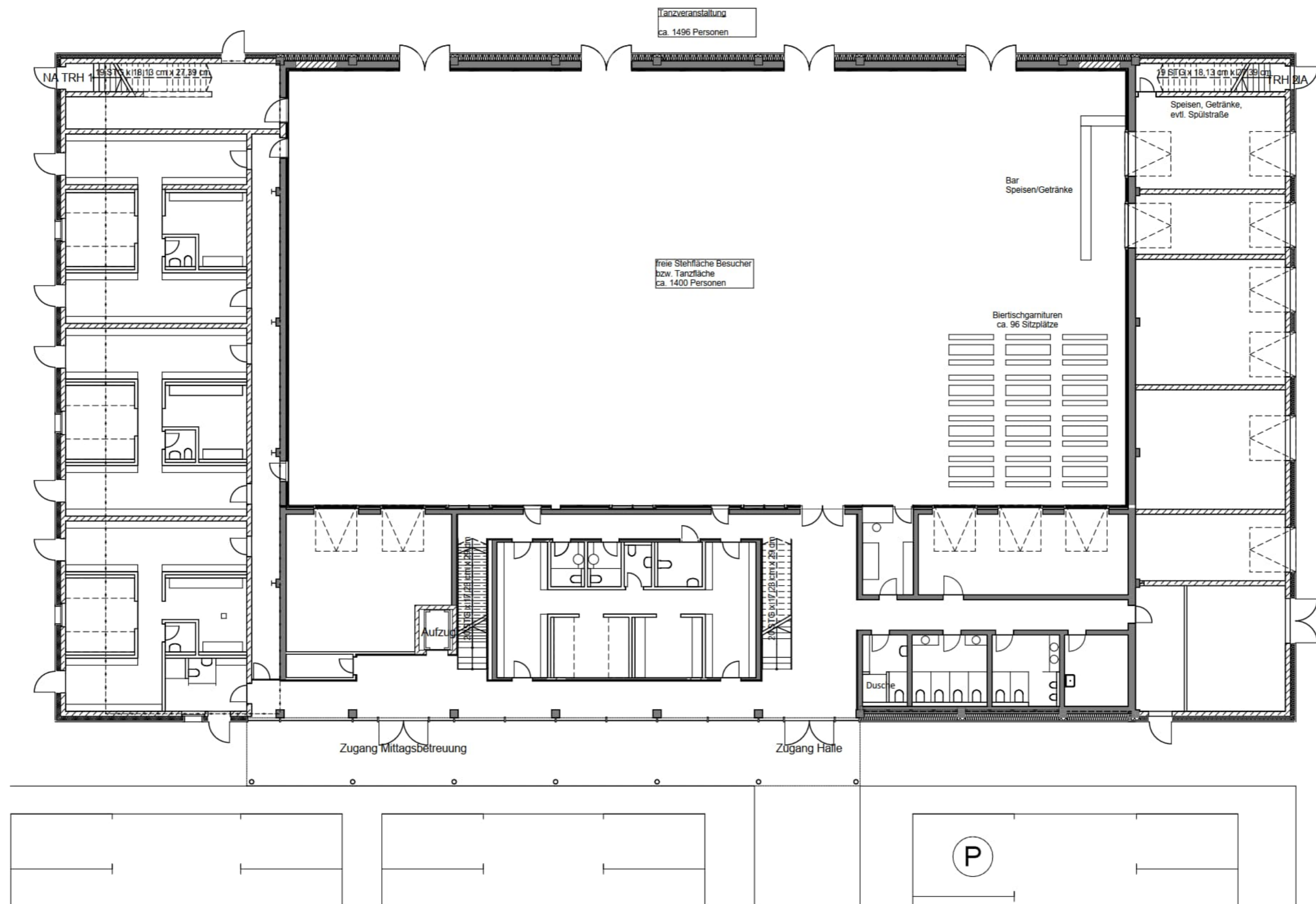
Maßstab

1:200

Blattformat A3

Gezeichnet

Datum 12.06.2025



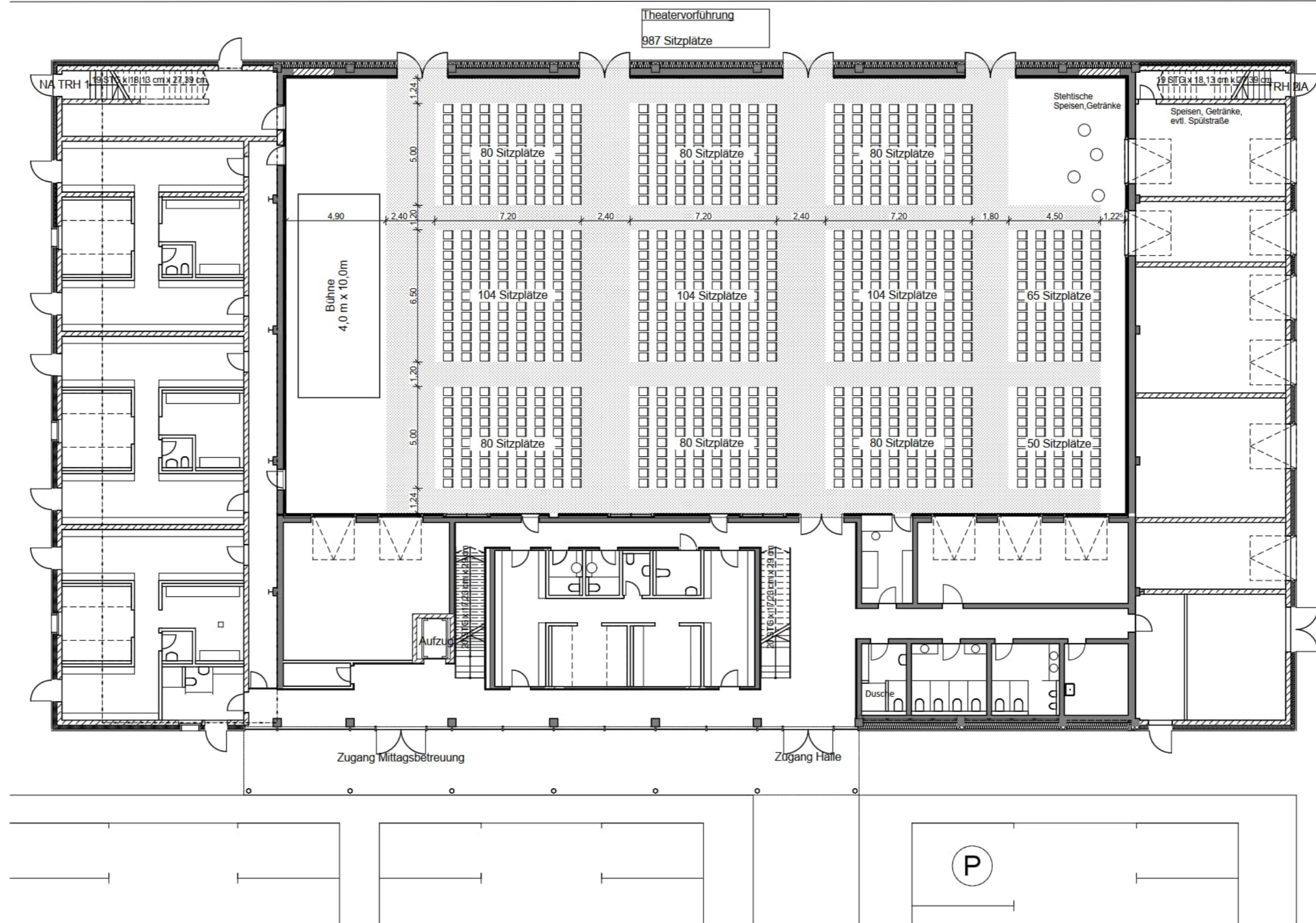
SMK

Sanierung der Mehrzweckhalle und

Detailname
Detail-Nr.
Maßstab
Gezeichnet

Bestuhlung Tanzen
BB.5
1:200
Datum 12.06.2025

P



SMK

Sanierung der Mehrzweckhalle und

Detailname
Detail-Nr.
Maßstab
Gezeichnet

Bestuhlung Theater
BB.2
1:200
Blattformat A3
Datum 12.06.2025

Gemeinde Karlshuld

08. Sep. 2025

Eing.: / Erl.:

An die
Gemeinde Karlshuld
Hauptstr. 68
86668 Karlshuld

**Löschwasservorhaltung und Lageplan der Hydranten für das Anwesen,
Mehrzweckhalle, Kindergartenstr. 2 A, 86668 Karlshuld**

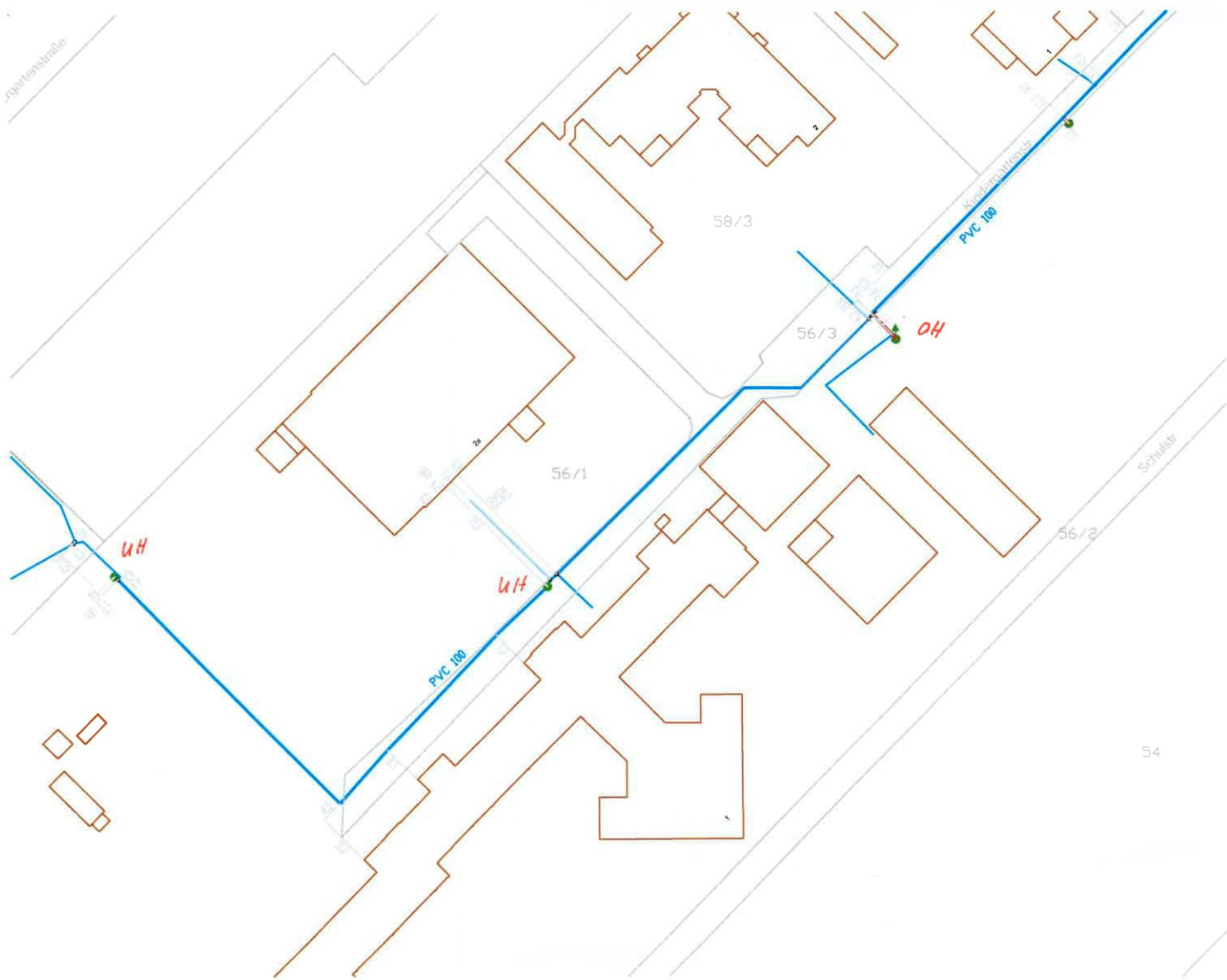
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Istzustand kann für die Kindergartenstr. 2 A, Fl. Nr. 56/1 in Karlshuld im Umkreisradius von 300 Metern eine Grundsatzmenge nach DVGW Arbeitsblatt W 405 von mindestens 96 m³/h bei einem Mindestnetzdruck von 1,5 bar über einen Zeitraum von zwei Stunden zur Verfügung gestellt werden.

Alle Drücke beziehen sich auf die Straßenoberkante.

Dem beigelegten Lageplan M-1:1000 können Sie die Dimensionen und Lage der Hydranten und Trinkwasserleitung entnehmen.

Anlage:
1 Lageplan



Anlage: Rettungswegbreiten

Diese Anlage ist keine Bauvorlage und somit nicht Gegenstand der Baugenehmigung.

Über die Bauvorlagenverordnung hinaus stellen sich bei der Auslegung von Rettungswegbreiten Fragen, die hier in dieser Anlage behandelt werden.

In der Bayerischen Bauordnung (BayBO) sind keine konkreten Angaben zu Rettungswegbreiten angegeben.

Notwendige Flure müssen gemäß Art. 34 BayBO so breit sein, dass sie für den größten zu erwartenden Verkehr ausreichen.

Die Anforderungen an die Gebäudetreppen ergeben sich aus der DIN 18065 als eingeführte technische Baubestimmung.

Anforderungen an die Breite von Rettungswegen können sich aus dem Arbeitsstättenrecht ergeben.

Vorgaben aus dem Arbeitsschutzrecht sind nicht Bestandteil des Brandschutznachweises. Arbeitsschutzrecht ist Bundesrecht während das Bauordnungsrecht der Länderhoheit unterliegt.

Im bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren der Bauordnungsbehörden bzw. des Prüfsachverständigen können daher auch keine Abweichungen vom Arbeitsschutzrecht zugelassen oder bescheinigt werden.

In ASR A2.3 *Fluchtwege, Notausgänge, Flucht- und Rettungsplan* konkretisiert die Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung hinsichtlich der Ermittlung und Bewertung von Gefährdungen sowie der Ableitung von geeigneten Schutzmaßnahmen. Bei Einhaltung der Technischen Regeln kann der Arbeitgeber insoweit davon ausgehen, dass die entsprechenden Anforderungen der Verordnung erfüllt sind. Wählt der Arbeitgeber eine andere Lösung, muss er damit mindestens die gleiche Sicherheit und den gleichen Gesundheitsschutz für die Beschäftigten erreichen. Grundlage hierfür ist die Gefährdungsbeurteilung nach dem Arbeitsschutzgesetz. Die Verpflichtung zur Dokumentation der umgesetzten Maßnahmen ergibt sich aus § 6 Arbeitsschutzgesetz.

Im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung muss der Betreiber objektspezifische Festlegungen treffen. Bei der Gefährdungsbeurteilung sind gemäß ASR A2.3 u. a. die Höchstzahl der Personen und der Anteil an ortsunkundigen Personen zu berücksichtigen.

Die Mindestbreite der Fluchtwege bemisst sich nach der höchstmöglichen Anzahl der Personen, die im Bedarfsfall den Fluchtweg benutzen müssen und ergibt sich aus nachfolgender Tabelle:

<i>Anzahl der Personen (Einzugsgebiet)</i>	<i>Lichte Breite (in m)</i>
<i>bis 5</i>	<i>0,875</i>
<i>bis 20</i>	<i>1,00</i>
<i>bis 200</i>	<i>1,20</i>
<i>bis 300</i>	<i>1,80</i>
<i>bis 400</i>	<i>2,40</i>

Bei der Bemessung von Tür-, Flur- und Treppenbreiten sind sämtliche Räume und für die Flucht erforderliche und besonders gekennzeichnete Verkehrswege in Räumen zu berücksichtigen, die in den Fluchtweg münden. Tür-, Flur- und Treppenbreiten sind aufeinander abzustimmen.

Die Mindestbreite des Fluchtweges darf durch Einbauten oder Einrichtungen sowie in Richtung des Fluchtweges zu öffnende Türen nicht eingeengt werden. Eine

Einschränkung der Mindestbreite der Flure von maximal 0,15 m an Türen kann vernachlässigt werden. Für Einzugsgebiete bis 5 Personen darf die lichte Breite jedoch an keiner Stelle weniger als 0,80 m betragen.

Die lichte Höhe über Fluchtwegen muss mindestens 2,00 m betragen. Eine Unterschreitung der lichten Höhe von maximal 0,05 m an Türen kann vernachlässigt werden.

Anlage: Feuerlöscher

Über die Bayerische Bauordnung (BayBO) hinaus stellen sich bei der Auslegung von Feuerlöscheinrichtungen Fragen, die hier behandelt werden.

Diese Anlage ist keine Bauvorlage und nicht Gegenstand der Baugenehmigung. Dem Bauherrn soll damit die Möglichkeit gegeben sein, Änderungen an technischen Anlagen vornehmen zu können, ohne in die Baugenehmigung eingreifen zu müssen.

Arbeitsstätten müssen je nach Nutzung, mit Brandmelde- und Feuerlöscheinrichtungen ausgestattet sein

Bei einer Anwendung der Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A2.2, „Maßnahmen gegen Brände“, welche die Anwendung der ArbStättV im Rahmen des Anwendungsbereichs konkretisiert, kann der Arbeitgeber insoweit davon ausgehen, dass die entsprechenden Anforderungen der Verordnungen erfüllt sind.

Wählt der Arbeitgeber im Rahmen seiner Gefährdungsbeurteilung gemäß § 3 ArbStättV zur Ermittlung des Bedarfs der o.g. Einrichtungen eine andere Lösung, muss er damit mindestens die gleiche Sicherheit und den gleichen Gesundheitsschutz für die Beschäftigten erreichen.

Im Folgenden werden wichtige Punkte aus der ASR A2.2 genannt, die vorliegende Empfehlung ersetzt jedoch nicht die Beachtung der gesamten ASR A2.2 und die dazu erforderliche Gefährdungsbeurteilung.

Die Ausstattung der Arbeitsstätte mit Feuerlöschgeräten richtet sich nach den Vorgaben in Punkt 5.2 der ASR A2.2.

Die Grundausrüstung der Arbeitsstätte mit Feuerlöschgeräten ist aus der Tabelle 3 in Punkt 5.2.1 ASR A2.2 ersichtlich.

Je nach Grundfläche der Arbeitsstätte ist eine bestimmte Anzahl Löschmitteleinheiten (LE) sicherzustellen. Die Anzahl der erreichten Löschmitteleinheiten je Feuerlöscher ist produktbezogen und abhängig von der jeweiligen Brandklasse, sie wird vom Hersteller des Feuerlöschgerätes angegeben.

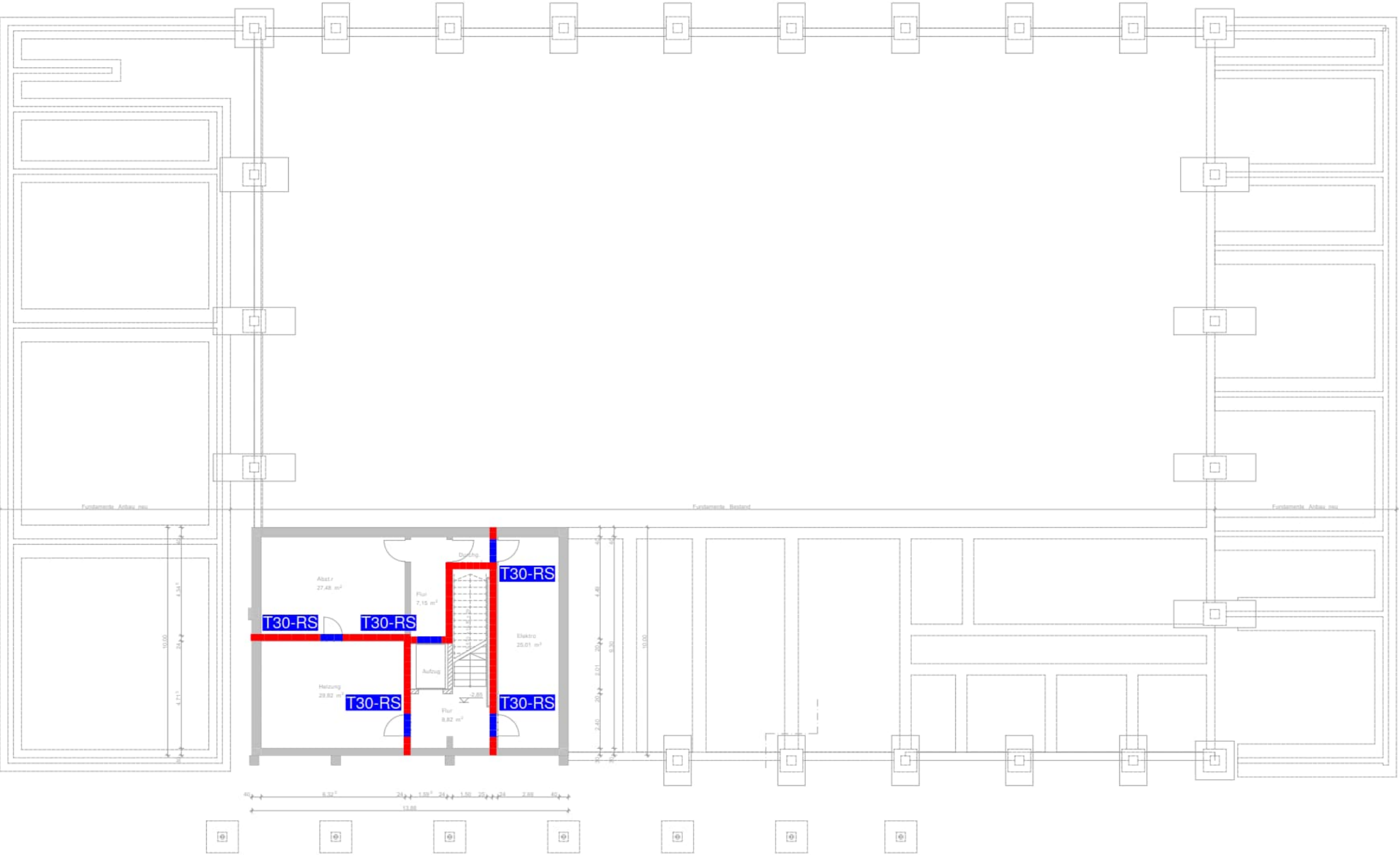
Die tragbaren Feuerlöscher müssen der DIN EN 3 oder einer gleichwertigen anerkannten und gültigen Vorschrift entsprechen.

Die Feuerlöscher müssen gut sichtbar und leicht erreichbar sein. Sie sind vorzugsweise in Fluchtwegen, im Bereich der Ausgänge ins Freie, an den Zugängen zu Treppenträumen oder an Kreuzungspunkten von Verkehrswegen/Fluren so anzubringen, dass die Entfernung von jeder Stelle zum nächstgelegenen Feuerlöscher möglichst nicht mehr als 20 m in der tatsächlichen Laufweglänge beträgt.

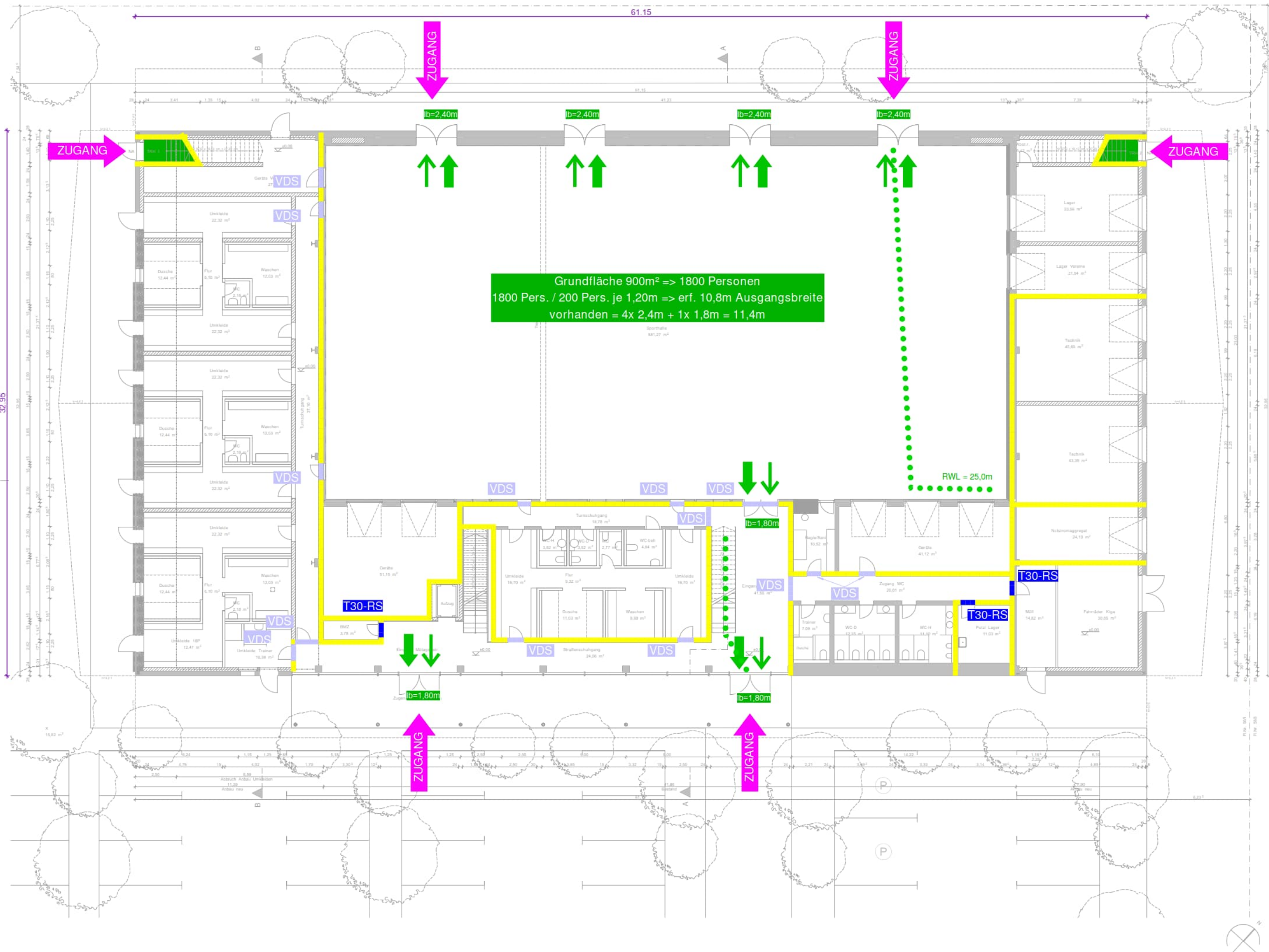
Liegen nach der Gefährdungsbeurteilung des Arbeitgebers erhöhte Brandgefährdungen vor, sind neben der o.g. Grundausrüstung zusätzliche betriebs- und tätigkeitsspezifische Maßnahmen erforderlich.

Neben der Vorhaltung von Feuerlöschgeräten stellt die ASR A2.2 auch Anforderungen an die Unterweisung der Beschäftigten und Ausbildung von Brandschutzhelfern sowie an die Wartung und Prüfung der Brandmelde- und Feuerlöscheinrichtungen. Die Wartung und Instandhaltung der Feuerlöschgeräte richtet sich nach den Vorgaben des Herstellers, die Prüfung erfolgt nach den Vorgaben der Betriebssicherheitsverordnung.

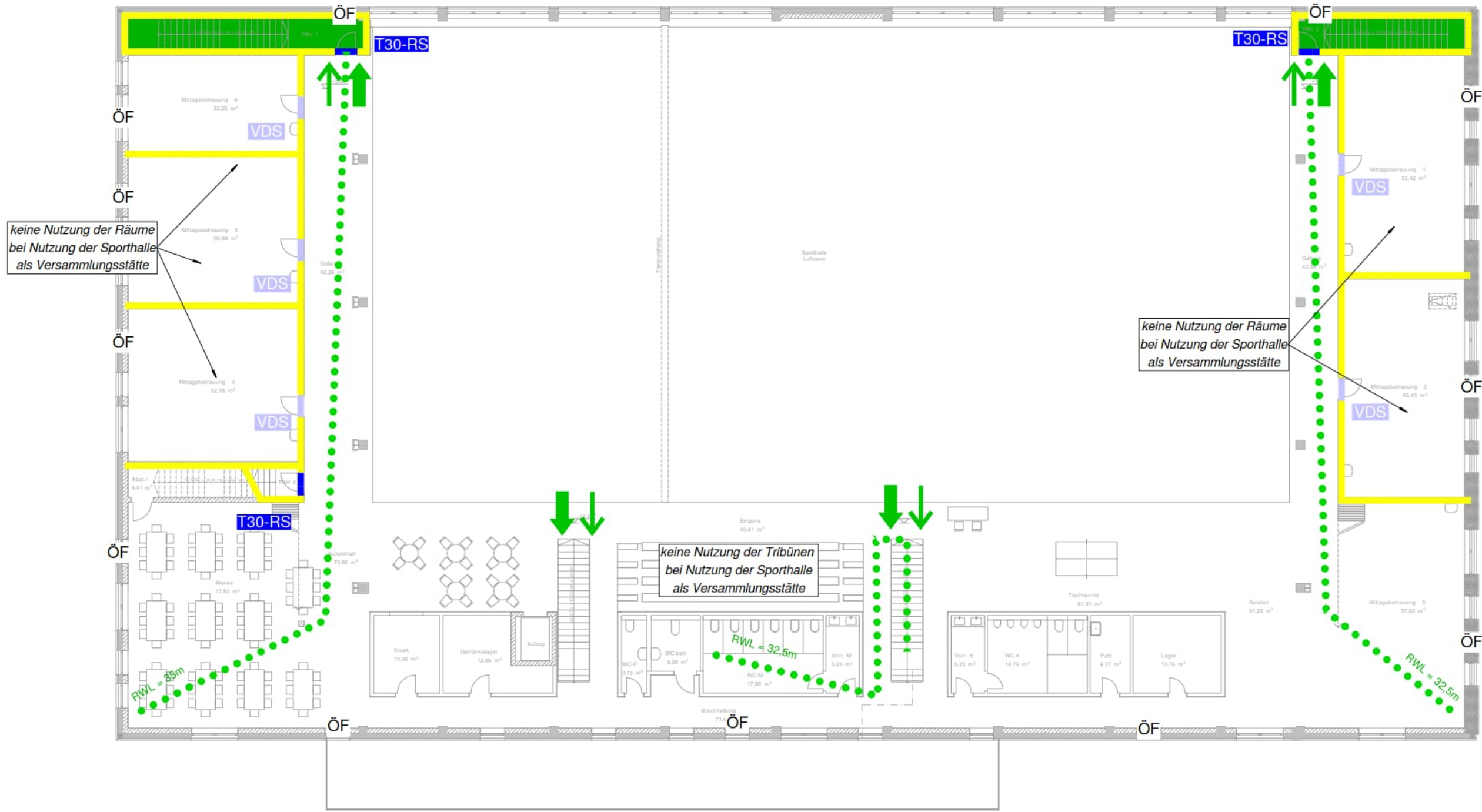
KELLERGECHOSS



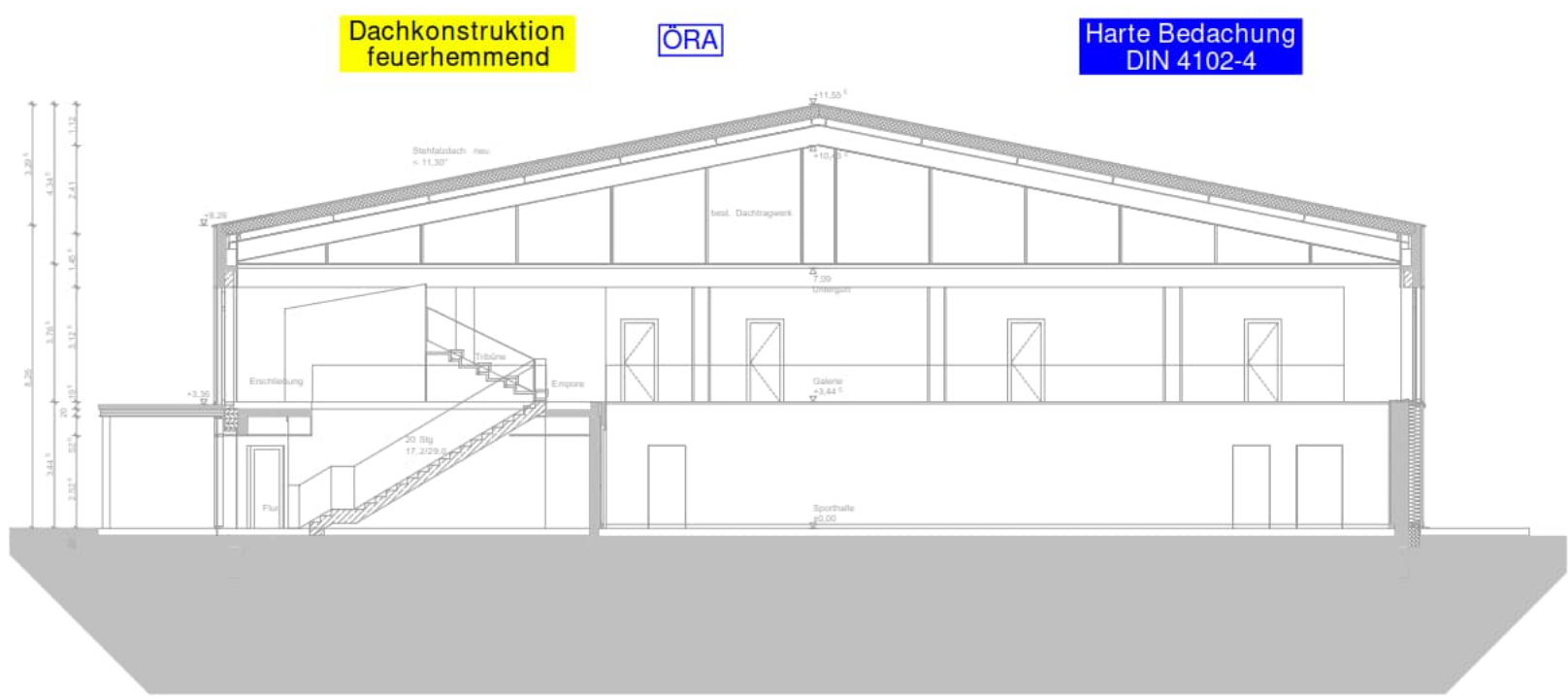
ERDGESCHOSS



OBERGESCHOSS



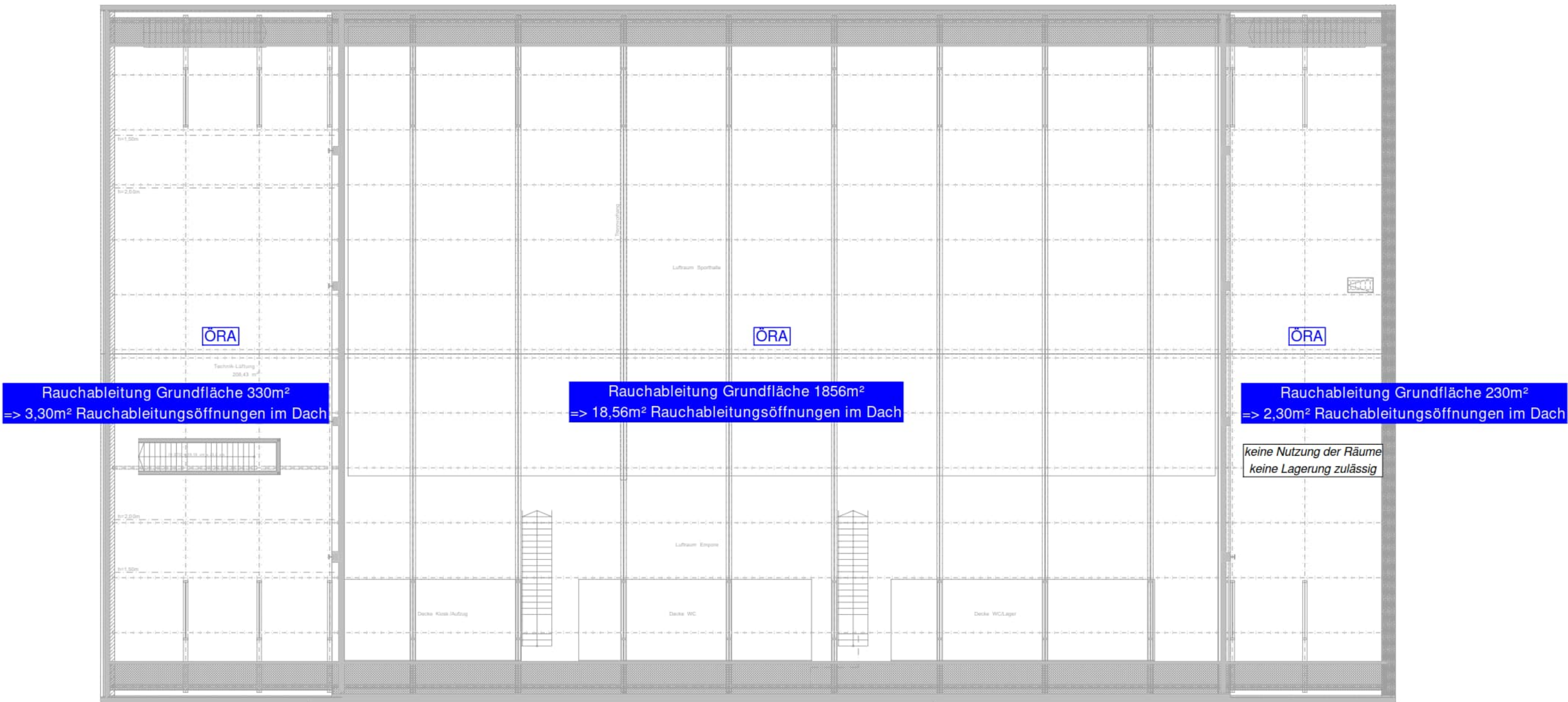
SCHNITT A-A



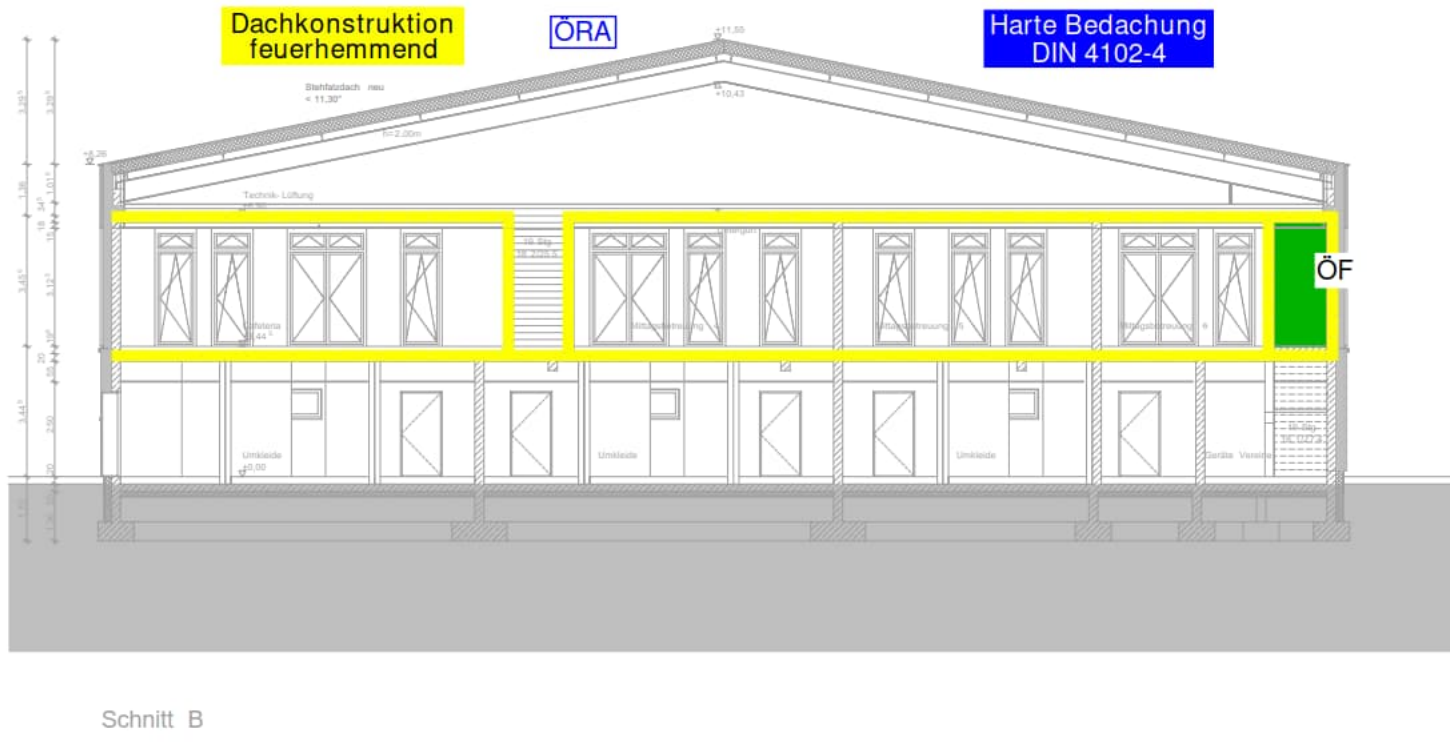
Referenzdateien:
Dachgeschoss vom 02.07.2025, ergänzt am 15.09.2025
Obergeschoss vom 02.07.2025, ergänzt am 15.09.2025
Erdgeschoss vom 02.07.2025, ergänzt am 15.09.2025
Untergeschoss vom 02.07.2025, ergänzt am 15.09.2025
Schnitte vom 02.07.2025, ergänzt am 15.09.2025
Schnitt C vom 02.07.2025, ergänzt am 11.09.2025
Ansichten vom 02.07.2025, ergänzt am 15.09.2025

Maßgebend ist der textliche Teil des Brandschutznachweises.
Farblich dargestellt sind Bauteile mit raumabschließender Funktion.
Schächte werden nicht dargestellt. Klassifikation der Schacht-/Schottlösung siehe TGA Planung.

DACHGESCHOSS



SCHNITT B-B



LEGENDE
BW = Brandwand
fb + Bauart BW = feuerbeständig und in der Bauart von Brandwänden
fb = feuerbeständig = F 90-AB
F 90-B
hfh = hochfeuerhemmend = F 60-B
hfh = F 60-B + mechanische Beanspruchbarkeit
fh = feuerhemmend = F 30-B
nb = nicht brennbar = Baustoffklasse A1 oder A2
se = schwerentflammbar = Baustoffklasse B1
Tür mit nicht klassifizierten Anforderungen
D = Dicht, V = Vollwandig, S = Selbstschließend, N = Nichtabschließbar
RS = Rauchschutztür nach DIN 18095, G = Brandschutzverglasung
T 30 / T 90 = Feuerschutztür bzw. F 30 / F 90 = Brandschutzverglasung
Abschottung / Sicherung mit klassifizierten Anforderungen
Notwendige Treppe, notwendiger Treppenraum und Ausgang ins Freie
Notwendiger Flur, notwendiger Ausgang ins Freie
Freizuhaltender Rettungsweg
Fläche für die Feuerwehr
1.RW = Erster Rettungsweg
RW = Zweiter oder weiterer Rettungsweg
RWL = Rettungsweglänge
NRA = Natürlicher RauchAbzug (min.1m² GF)
ÖF = Offenbares Fenster
ÖRA = Öffnung zur Rauchableitung
Feuerwehruzugang
Bedienung für Natürlichen RauchAbzug

PLANINHALT	DATUM
BRANDSCHUTZPLAN	09.11.2025
KG, EG, OG, DG + Schnitte	GEZEICHNET
	A.W.
	GEPRÜFT
PROJEKT	MASSTAB
Sanierung der Mehrzweckhalle und Erweiterung um eine Mittagsbetreuung	1:200
56/1 Karlshuld, Kindergartenstraße 2a, 86668 Karlshuld	ÄNDERUNG
BAUHERR	PLANNUMMER
Gemeinde Karlshuld	2511-BS1
Hauptstraße 68	
86668 Karlshuld	